

# Internationale Münchner Friedenskonferenz

# 2011

München 3.2. - 6. 2. 2011

## Frieden und Gerechtigkeit gestalten

### Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von:

Dekha Ibrahim Abdi  
Wolfgang Dietrich  
Christian Felber

Geseko v. Lüpke  
Christoph Mücher  
Hep Monatzeder



# FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT GESTALTEN - NEIN ZUM KRIEG

# Impressum

## Dokumentation der Internationalen Münchener Friedenskonferenz 2010

### Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg München, 3.2. – 6.2. 2011

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer, Adelheid Reik, Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim

Gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Antje Wagner, Heinz Staudacher, antimil-muc, peacedirect

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, den DolmetscherInnen und Übersetzern, der musikalischen Unterstützung, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

## Trägerkreis (weitere Informationen Seite 40 bis 43)

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Impressum/Trägerkreis</b>		2
<b>Positionspapier der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“</b>		4
<b>Nachruf auf Dekha Ibrahim Abdi</b>	Geseko v. Lüpke	5
<b>Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“</b>		
am 4.2.2011 im Goethe-Forum des Goethe-Instituts München		8
Grußwort vom Goethe-Institut	Christoph Mücher	8
Grußwort der Stadt München	Hep Monatzeder	9
Welcher Frieden für welches Europa?	Wolfgang Dietrich	11
Friedensarbeit - afrikanisch	Dekha Ibrahim Abdi	16
Frieden stiftende Aspekte der Gemeinwohlökonomie	Christian Felber	22
<b>Bericht aus dem Diskussionsforum am 5.2.2011</b> mit Dekha Ibrahim Abdi und Wolfgang Dietrich		29
<b>Workshop-Bericht I: „Ist ziviler Friedensdienst im Kriegsland Afghanistan möglich?“</b> am 5.2.2011 mit Ute Wagner-Oswald		36
<b>Workshop-Bericht II: „Bundeswehr - Nein Danke Friedensarbeit praktisch“</b> am 5.2.2011 mit Thomas Rödl		37
<b>Friedensgebet der Religionen</b> am 6.2.2011 im Pfarrsaal St. Anna/Lehel		40
<b>Informationen zu den Trägerorganisation</b>		42

leider ist es in dieser Ausgabe nicht möglich, den Fachvortrag zur Marinerüstung und eine Zusammenfassung der Aktuellen Runde „Was tun für eine atomwaffenfreie Welt?“ nachzulesen.

Dieses Heft enthält Bilder aus einem Video über das Wirken von Dekha Ibrahim Abdi im Rahmen des Wajir-Friedens-Komitees. Das Video „A Kenyan Superhero“ von der britischen Organisation „Peace Direct“ ist auf YouTube zu sehen ([www.youtube.com/watch?v=pwe6mlExHZg](http://www.youtube.com/watch?v=pwe6mlExHZg))



# Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

## **Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz**

Im Sicherheitsdenken der Münchner Sicherheitskonferenz spielt aus unserer Sicht die militärische Stärke und Abschreckungsfähigkeit eine wichtige Rolle. Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, die den militärischen Gedanken schon im Namen hatte.

Bei den politischen Interessen der westlichen Industrieländer – also vorwiegend der NATO-Staaten – geht es weniger um den militärischen Schutz des eigenen Territoriums, sondern ganz wesentlich um die weltweite Sicherung der Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte.

Die andauernden Kriege, Krisen und von Menschen verursachten Katastrophen zeigen, dass dieses Sicherheitsdenken weder Frieden noch Sicherheit für die Menschen bewirkt, sondern die Welt immer unsicherer macht und in die Sackgasse führt.

## **Ein Umsteuern ist notwendig**

Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit der Überwindung des überholten Sicherheitsdenkens durch militärische Dominanz. Wir stellen Ansätze und Wege vor, wie Frieden und gemeinsame Sicherheit durch Interessensausgleich erreicht werden kann. \*

## **Von der Bundesregierung erwarten wir deshalb:**

- deutliche Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung
- Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung
- Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE
- Einsatz für das Recht auf steuerliche Kriegsdienstverweigerung durch Einführung eines Zivilsteuergesetzes.
- Zivil handeln statt militärisch intervenieren

Im Allgemeinen wird die Begrenzung von Konflikten durch zivile Methoden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen - im Gegensatz zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Es gibt jedoch detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene.

UNO, zwischenstaatliche Organisationen und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet in der Vergangenheit durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet.

Zu den wichtigsten Instrumentarien zählt der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind.

Für die - vom Militär unabhängige - zivile Konfliktarbeit in Krisenregionen mangelt es nach wie vor an ausreichender politischer und finanzieller Unterstützung. Eine Umschichtung von Haushaltsmitteln ist deshalb dringend notwendig.

Für uns ist eine zivile Intervention in Konflikten durch Regierungen nur glaubwürdig, wenn als erstes legaler und illegaler Waffenhandel unterbunden wird.

## **Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz**

Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist, die in ihrem Programm vorgestellten Sichtweisen und Alternativen einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um sie dort – im Sinne der Entwicklung einer Kultur des Friedens – besser zu verankern.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Säule der öffentlichen Meinung, die zum Beispiel auch durch Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Gottesdienste kundgetan wird.

Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

\*) Das wurde in den inhaltlichen Beiträgen der letzten Jahre auch deutlich gemacht (z. B. 2006: D. Wenderlein, Beendigung des Bürgerkrieges in Mocambique, 2007: J. Galtung, Grenzkonflikt Kolumbien-Ecuador, 2008: H-Ch. v. Sponeck, 10-Punkten Friedensplan für Irak)

# Mit dem Herz der Giraffe

## Ein Nachruf auf die Friedensaktivistin Dekha Ibrahim Abdi

von Geseko von Lüpke

Das tiefschwarze Gesicht war immer wie umrahmt von dem bestickten blauen Tuch, das sie als muslimischen Kopfschmuck trug. Und von den leuchtenden Augen dieser Frau ging eine stille, aber unbedingte Kraft aus. Es war kein Fanatismus oder Leid oder politische Besserwisserie, die sich in diesem Blick ganz ohne Worte vermittelte, sondern das offene Mitgefühl eines großen Herzens. Dekha Ibrahim Abdi, die internationale Friedensaktivistin kenianischer Herkunft, begegnete der Welt mit aufrechter Würde und Offenheit. Einer Haltung der Frauen und Mütter ihres Kontinents, die gewohnt sind, große Gewichte auf den Schultern und dem Kopf zu tragen. Wenn man sie wissen ließ, dass sie in ihrer natürlichen Ausstrahlung etwas von der Grazie und dem Stolz einer Giraffe habe, dann lächelte sie dankbar und ließ das Gegenüber wissen, dass in ihrem Stamm an der Grenze nach Somalia die Giraffe ihr Totem- und Clantier sei: „Und eine Giraffe hat nicht nur ein großes Herz, sondern ist auch groß und kann weit hinter den Horizont schauen. Vielleicht habe ich das von der Giraffe: Wenn mir jemand was Böses will, kann ich das nehmen und über ihren Ärger, ihren Frust, ihre Vorurteile weit hinausblicken. Ich blicke jenseits des Horizonts und denke positiv. Das ist vielleicht sogar mein Motto: Urteile nicht über Menschen, sondern arbeiten mit ihnen, so wie sie sind.“

Am 14. Juli 2011 starben Dekha Ibrahim Abdi, kenianische Trägerin des „Alternativen Nobel-preises“ und ihr Mann an den Folgen eines schweren Autounfalls in Nairobi. Ein Lastwagen war frontal in ihren Wagen gerast. Das Paar hinterlässt

vier Kinder. Und zahllose Menschen in Kenia, Afrika und der ganzen Welt, die mit ihr die Vision einer Welt ohne Kriege und sinn-loses Sterben, ohne ethnische und religiöse Gewalt, ohne rassistischen Hass auf Mitmenschen und Nachbarn teilten. Ihnen war das einst gänzlich unbekannte Mädchen aus den Savannen Ostafrikas, die zur weltweit anerkannten Aktivistin für Frieden und Konfliktlösung, zur internationalen Beraterin, Beirätin zahlreicher Friedensforschungsinstitute und Gründerin einer Friedens-Universität in ihrer Heimat wurde, ein leuchtendes Vorbild. Erst kürzlich förderte eine wissenschaftliche Untersuchung zu Tage, dass fast 80% aller Aktivistinnen für Frieden weltweit Frauen sind. In Dekha Ibrahim Abdi spiegelte sich diese offenbar spezifisch weibliche Fähigkeit, im Kontrast zur eher aggressiven Durchsetzung der eigenen Meinung auf den Konsens zu setzen. Und sie repräsentierte den Überdruß, die Orgien patriarchaler, fundamentalistischer und ideologisch begründeter Gewalt weiter passiv auszuhalten. „Wenn Du glaubst hilflos zu sein, dann machst Du Dich zum Opfer. Und selbst wenn Du gar nichts tust, wirst Du zum Täter, weil Du still bleibst. Aber als wir Landfrauen gemeinsam mit der Friedensarbeit anfangen, da hat uns das wirklich befreit: Nicht mehr länger Opfer zu sein, sondern zu fragen: Was können wir tun, um eine Teil der Lösung zu werden? Die Antwort lag in der Solidarität miteinander. Wenn eine nicht mehr konnte, übernahm jemand



anders. Wenn die am Ende war, machten andere weiter. Nur so ging es, nicht wahnsinnig zu werden.“

Für Wahnsinn und Verzweiflung gab es genug Gründe im Leben von Dekha Ibrahim Abdi. Als sie 1962, ein Jahr nach Kenias Unabhängigkeit geboren wurde, tobte rund um ihr Dorf der Krieg zwischen Regierungstruppen und Guerillas. Als sie zur Schule ging, begleiteten misstrauische Soldaten im Kampfanzug die Kinder. Als sie für die Nomaden in den weiten Savannen Lehrerin wurde, waren plötzliche Überfälle an der Tagesordnung. Manche ihrer Schüler starben auf dem Schulweg. Angst war allgegenwärtig, Rache und Revanche sinnlos. Doch der persönliche Durchbruch, sich gegen den Wahnsinn der allgegenwärtigen Gewalt zu stemmen, geschah, als sie bei der Geburt ihrer ersten Tochter in den Wehen lag und ihre Mutter ihr erzählte, dass auch zwei Jahrzehnte vorher, bei Dekhas Geburt, die Kugeln durch das Dorf piffen. Da drehte sich etwas in der Lebenswidmung der jungen Kenianerin. Da erinnerte sie sich an ihr Totem, ihre Kraft und den weiten Blick in eine mögliche Zukunft. Kurz danach gründete sie mit



anderen Frauen das ostafrikanische Wajir-Friedens-Komitee, brachte die Streithähne unterschiedlicher Clans, Stämme, Ethnien und Religionen zusammen und drängte sie mit ruhiger Beharrlichkeit, der Wärme ihres Blickes und der Weite ihres Herzens zum Zuhören, zur Empathie und setzte gegen den Hass und die verzweifelnde Trauer auf die Versöhnung. Das Wunder passierte: Der jahrzehntelange Bruderkrieg wurde beendet. Und wann immer irgendwo in ihrer Heimat die Gewalt wieder aufbrach oder die soziale Not, Armut und Ungerechtigkeit zu ethnischen und religiösen Übergriffen führte, waren Dekha Ibrahim Abdi und ihr Frauen-Komitee zur Stelle: „Einmal hatten wir einen christlichen Evangelisten, der den Islam schlecht machte, was die Leute empörte. Daraufhin rotteten sich ein paar muslimische Jugendliche zusammen, begannen Läden von Christen anzuzünden und Christen zu verprügeln. Das erste was wir machten, war herauszufinden, welche christliche Gemeinschaft betroffen war. Weil sie fast alle im Krankenhaus waren, besuchten wir muslimischen Frauen sie. Wenn so etwas Schreckliches geschieht, brauchen die Betroffenen Solidarität, Mitgefühl und eine Ent-

schuldigung. Also sagten wir, wie leid uns das täte. Wir fanden heraus wo die Kinder der Betroffenen waren, ob sie einen Platz zum Schlafen oder etwas zu Essen brauchten. Die ersten Schritte sind praktisch.“

Der Ansatz war immer wieder ähnlich: Am Anfang stand die Analyse des Konfliktes. Immer musste mit großer Flexibilität gearbeitet werden, Sturheit funktionierte nicht. Die Komplexität verlangte immer nach vielschichtigen Lösungen, wofür es Kreativität und Ideenreichtum brauchte. Dabei verlief jede Konfliktlösung anders und musste ständig neu überprüft und entwickelt werden.“ Der

zweite Schritt war der Kontakt mit den Tätern, die erkennen mussten, was sie angerichtet hatten. Der dritte Schritt lag im Dialog, in interreligiösen Begegnungen, gemeinsamen sozialen Aktionen, vielleicht sogar gemeinsamen Gebeten. Immer wieder neu, immer wieder anders, mit stiller Hartnäckigkeit gegen alle Widerstände durchgesetzt. Selbst wenn es um extreme Haltungen bei Fundamentalisten auf beiden Seiten ging. Jede dieser Haltungen braucht ihr Verständnis, betonte die Frau mit den leuchtenden Augen immer wieder. „Wenn Du ihre Haltung akzeptierst, dann beruhigt sie das. Aber wenn man Ihnen sagt: 'Ich will damit nichts zu tun haben' dann verbaut man sich alle Wege und kommt nirgendwo hin.“ Und Dekha Ibrahim Abdi stellte Fragen, wie sie in der ‚großen Politik‘ meist vergessen werden: „Wer nennt sie denn ‚Extremisten‘? Und wie nennen sie sich selbst? Sie nennen sich ‚besorgte religiöse Führer‘ oder schlicht ‚besorgte Bürger‘! Also muss man, selbst wenn man nicht ihrer

Meinung ist, erstmal ihre Sichtweise verstehen lernen, anstatt sie gleich in irgendwelche Schubladen zu stecken. Denn unter allem Extremismus ist immer Angst, irgendwas macht ihnen furchtbare Sorge. Wenn man ihnen auf dieser Ebene verständnisvoll begegnet, dann können sie Dich verwandeln und Du sie. Aber dafür braucht es Offenheit auf beiden Seiten.“

Auf diese Weise hat Dekha Ibrahim Abdi so viele regionale Konflikte in Ostafrika gelöst, dass man auch in den Nachbarländern auf sie und ihre Friedensfrauen aufmerksam wurde. Das Modell der mutigen Muslima kommt heute überall auf dem schwarzen Kontinent zum Einsatz. Und seit einigen Jahren saß sie nicht nur im Beirat eines deutschen Instituts für Friedensforschung, sondern moderierte auch erfolgreich zwischen Moslems und Christen in London, wo nach Attentaten die Gräben des Misstrauens unüberwindbar schienen. 2007 erhielt Dekha Ibrahim Abdi mit dem ‚Alternativen Nobelpreis‘ die wohl bedeutendste Auszeichnung der globalen Zivilgesellschaft. In der Begründung für die Vergabe des Preises hieß es, sie habe „in unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Situationen gezeigt, wie religiöse und andere Differenzen sogar nach gewalttätigen Konflikten versöhnt werden können und wie in einem kooperativen Prozess Frieden und Entwicklung erreicht werden kann“. Reisen in alle Welt folgten. Sie arbeitete mit Organisationen, mit Experten für Frieden und Konfliktlösung und Institutionen



auf der ganzen Welt zusammen – in Afrika, Asien und Europa, aber auch mit der UNDESA (United Nations Department for Economic and Social Affairs). In Deutschland war sie regelmäßig zu Gast, besonders auch auf Kirchentagen, in Vorträgen an Schulen warb sie für den Dialog zwischen Kulturen und Religionen, Universitäten, bei Friedensgruppen und zuletzt unter anderem in Bonn im September 2010 anlässlich des 30. Jubiläums des „Alternativen Nobelpreises.“

Ihr Graswurzel-Ansatz, ganz regional für Ausgleich, Verständnis und Dialog zu sorgen und so Konflikte nicht nur zu befrieden, sondern oftmals schon zu lösen, bevor es zum Ausbruch von Gewalt kam, wurde zuletzt auch von der internationalen Friedensbewegung erkannt. Im Januar dieses Jahres war sie der Ehrengast bei der 9. Internationalen Münchner Friedenskonferenz, die Jahr für Jahr engagierte Aktivistinnen und Vordenkerinnen für eine Zukunft ohne Waffen einlädt, während nahe bei die Strategen der jährlichen NATO-Tagung (offiziell: Münchner Sicherheitskonferenz) ihre neuen und immer diffizilere Strategien für Sicherheit mit Waffen und Gewalt zusammen mit der Rüstungsindustrie und den Machthabern der Welt entwickeln. Die Praktikerin und Pazifistin aus Kenia hatte auf dem Weg nach Europa Kairo überflogen, wo der Diktator Mubarak in diesen Tagen die Panzer gegen das eigene Volk auffahren ließ. Kurz nach der Ankunft zu ihrem letzten Besuch in Deutschland stellte sie klar: „Wenn Gesellschaften keinen Raum zur Verfügung stellen, dass Menschen zum Ausdruck bringen können, was sie denken, was sie sich wünschen, dann baut sich der Ärger auf wie die Lava in einem Vulkan und bricht irgendwann aus. Und dann wird die

Energie dahinter zerstörerisch, weil niemand weiß, wie dieses Feuer kanalisiert werden kann. Ärger zerstört und vernebelt Lösungen. Jetzt



braucht es die Klarheit, die Energie des Wandels so zu lenken, dass das soziale Gewebe nicht zerrissen wird. Es geht nicht darum für oder gegen die Regierung zu sein, sondern einfach nur für die Zukunft dieses Landes.“

Auch da ging es ihr nicht um Besserwisserei, sondern um den Blick in die Herzen, auf die Wurzeln der Gewalt und die Optionen für neue Einsichten. Vielleicht war Dekha Ibrahim Abdi schlicht eine Vorreiterin einer neuen Politik des Herzens, eine mutige Repräsentantin feministischer Werte, eine Visionärin zivilgesellschaftlicher Eigenmacht. Was sie für uns im Westen so wichtig machte, war ihre tiefe Verwurzelung in ihrem muslimischen Glauben, der sich für alle, die ihr begegneten, eben nicht mehr als ‚gewalttätige Religion‘ zeigen konnte, sondern als eine von vielen Quellen zum Frieden. Sie verstand ihre spirituellen Wurzeln als Möglichkeit, den inneren Frieden in der Seele herzustellen, den es braucht, um in einer immer noch gewalttätigen Welt zu handeln. Dort lag die Wurzel ihrer Kraft, die Seele von Gemeinschaften, die Seele der Gesellschaft und die Seele der Welt zu heilen: „Für eine

Friedenslösung müssen alle Parteien aus der Opferrolle raus und sich als Ressource begreifen. Sie müssen verstehen, dass sie alle Teil des Problems und Teil der Lösung sind“, sagte sie in einem ihrer letzten Interviews und führte aus: „Jeder Beitrag zum Frieden ist einzigartig. Und das Motto lokaler Sicherheitspolitik lautet entsprechend: Frieden ist das Ergebnis kollektiver Verantwortung. Frieden kann nicht das eine Ziel sein, sondern eher ein Prozess mit vielen Zwischenstopps: Versuche Lösungen zu finden, die über das Alte hinaus gehen! Mache das Un-mögliche möglich! Das Unerreichbare erreichbar!

Und nimm alles, was aus gegrenzt werden soll, mit in die Lösung rein.“

Die Welt hat mit dem plötzlichen Tod dieser Aktivistin, Frau und Mutter eine große Seele verloren, die sich von den Konflikten des Alltages nicht davon ablenken ließ, in eine andere Zukunft zu schauen – ganz wie ihr stolzes Totemtier, die Giraffe: mit großem Herz und aufrechtem Gang.



# Internationales Forum

## Frieden und Gerechtigkeit gestalten

### Grußwort des Goetheinstitutes

Christoph Mücher

Vielen Dank, lieber Herr Ronnefeldt, verehrte Frau Abdi, liebe Gäste, verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Konferenz.

Es tut mir fast leid, dass ich, nachdem das Thema schon angerissen wurde, noch einmal zur Begrüßung zurück muss. Ich mach das trotzdem umso lieber, als Ihr Ziel, das Ziel Ihrer Konferenz und das Ziel der Arbeit des Goethe-Instituts, uns eigentlich eint.

Was uns eint, ist der Glaube, dass Verständigung durch Dialog entsteht und dass dieser Dialog immer wieder neu und neu begonnen werden muss. Das Goethe-Institut, das wissen Sie, ist seit jetzt nunmehr 60 Jahren dabei, für Deutschland in der Welt zu sprechen und Partner zu finden. Unsere Arbeit basiert seit 1951 auf diesem Prinzip Dialog. Wir haben von Anfang an nie versucht, Dinge aus Deutschland irgendwo hin zu setzen und zu sagen: „Schaut mal, wie toll wir sind!“

Sondern das Ziel des Goethe-Instituts war immer, in der Welt mit Menschen auf Augenhöhe zu arbeiten.

Wir wollen gemeinsam Problemlösungsansätze entwickeln und wir sind froh, dass wir das trotz aller Zeitläufe und entgegengerender Strömungen bis heute geschafft haben. Wir bewahren die Unabhängigkeit, stellen in mittlerweile 93 Ländern deutsche Positionen vor und finden gemeinsam Freunde für Deutschland. In diesem Jahr feiern wir Geburtstag und wir haben unser Archiv durchsucht und zwölf Postkarten gedruckt, die zeigen, wie 60 Jahre lang gearbeitet wurde.

Beim Finden der Motive war uns nicht klar, was wir mit diesem anrührenden Foto einer deutschen Ägyptologin mit Experten vor Ort an trauriger Aktualität geschaffen haben. Unsere Sorgen und Gedanken sind derzeit bei unseren Kollegen und Freunden in Ägypten und ich denke, wir sollten an diesem Abend an diese Menschen denken und das Beste hoffen.



Ihnen wünsche ich gutes Gelingen und die Kraft der Gedanken. Sie mögen es mir nachsehen, wenn ich gleich verschwinde, weil auf meinem Schreibtisch noch viele Anfragen der Deutschen Presse zur Situation in Ägypten liegen.

Viel, viel Erfolg - der Frieden lebt von der Kraft und dem Optimismus von Ihnen und von uns allen.

Alles, alles Gute für die Konferenz und Danke, dass Sie unser Haus beleben mit dem Geist des Friedens.



# Grußwort der Landeshauptstadt München

**Hep Monatzeder**

3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München



stellen wir hierfür alljährlich die schönste Räumlichkeit zur Verfügung, die wir haben. Das ist der Festsaal im Alten Münchner Rathaus. Dieser allerdings wird seit Kurzem einer Generalsanierung unterzogen. Umso mehr freue ich

mich, wenn ich im Jahr 2012 - dann zur „Jubiläums-Friedenskonferenz“ - vielleicht auch Sie wieder als Gäste in unserem „rundumerneuertem“ Festsaal begrüßen kann.

Stichwort „Rundumerneuerung“ - Das täte sicher auch der zweiten großen Internationalen Konferenz, die in diesen Tagen ebenfalls in München stattfindet, gut. Sie wissen es bereits; ich meine die Internationale Münchner Sicherheitskonferenz. Es entbehrt ja nicht einer gewissen Ironie, dass sich die Münchner Sicherheitskonferenz - vielen von Ihnen ist diese Veranstaltung noch unter ihrem alten Namen „Wehrkunde-Tagung“ geläufig - ausgerechnet das Motto „Frieden durch Dialog“ auf ihre Fahnen geschrieben hat.

An dieser Stelle muss ein kritischer Kommentar erlaubt sein: „Frieden durch Dialog“. Die Botschaft mag stimmen; allein, für die Teilneh-

merinnen und Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz ist es allerhöchste Zeit, diesen Worten auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Dort glaubt man nämlich nach wie vor an die eigene, militärische Stärke als Grundlage von Sicherheit. Nach dem dortigen Verständnis wurzelt Sicherheit in wirtschaftlicher und militärischer Stärke. Und nach der dortigen Auffassung sind Dialog, Verständigung und Streben nach gemeinsamer Sicherheit ohne die eigene Überlegenheit wenig erfolgversprechend.

Und ein Radiointerview mit Herrn Ischinger, dem Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, unterstreicht das noch. Er sagte heute morgen auf Bayern 2, die Ereignisse in Ägypten erfüllen ihn mit großer Sorge, da sie eine Gefahr für die Sicherheitsarchitektur seien. Das heißt übersetzt: die Menschenrechte kann man ruhig mit Füßen treten, so lange die Sicherheitsarchitektur aus westlicher Perspektive stimme. Das ist skandalös!

Ganz abgesehen davon verfolgt in diesen Tagen die ganze Welt mit großem Interesse und großer Anteilnahme die Entwicklungen in Tunesien, Ägypten und anderen arabischen Ländern. Sie zeigen, dass weitreichende gesellschaftliche und politische Veränderungen auch

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie im Namen der Landeshauptstadt München zum heutigen Internationalen Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg“ anlässlich der Internationalen 9. Münchner Friedenskonferenz herzlich begrüßen.

Da Sie mich nicht im Flyer angekündigt sehen, hoffe ich, dass ich hier nicht als Überraschungsgast gelte. Wie auch in den letzten Jahren bin ich stets gerne bereit, die Veranstaltung zu eröffnen.

Mit Blick auf die zurückliegenden Münchner Friedenskonferenzen darf ich gleich zu Beginn anmerken: Üblicherweise würde ich Sie jetzt nicht nur im Namen, sondern auch in den Räumlichkeiten der Landeshauptstadt München willkommen heißen. Gemäß der Wertschätzung nämlich, die wir von Seiten der Stadt dieser Veranstaltung entgegenbringen,

ganz plötzlich eintreten können. Die Botschaft ist unmissverständlich: In keinem Teil der Welt lässt sich die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, Selbstbestimmung und nach gerechten Lebensbedingungen dauerhaft unterdrücken.

Der Titel der heutigen Veranstaltung greift diese Sehnsucht ganz konkret auf: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg“. Diese Worte machen klar: Die bloße Abwesenheit von Krieg bedeutet noch lange nicht Frieden.

Was aber ist zu tun, wenn sich nur die Worte, nicht aber die Taten ändern? Sie selbst werden nun antworten: Dann gilt es weiterhin die Taten einzufordern! Umso besser, wenn das im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz inzwischen auch möglich ist. Und zwar in der Rolle eines sog. Beobachters, den die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V.“ (MSKv) inzwischen zur Münchner Sicherheitskonferenz entsenden darf. In diesem Jahr wird das Frau Renate Grasse sein, die für die MSKv die Internationale Sicherheitskonferenz beobachten wird. Und sie wird stellvertretend für die Münchner Bevölkerung, „Auge und Ohr“ bei dieser Sicherheitskonferenz sein.

Die Bedeutung dieses Beobachterpostens darf man nicht unterschätzen. Hier geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Anerkennung der berechtigten Anliegen jener, die mit einer ganz anderen Sichtweise als die hochrangigen Entscheidungsträger nicht auf Sicherheitspolitik, sondern auf Friedenspolitik drängen.

Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, dass Frau Grasse ihre Rolle als Beobachterin in diesen Tagen entsprechend wahrnehmen wird.

Etwas vereinfacht gesagt kann man Konflikte auf zwei Arten lösen: Entweder durch Krieg und Kampf „aller gegen alle“ um immer knappere Ressourcen. Oder aber, indem man neue Formen der Zusammenarbeit findet. Und genau das ist das Ziel der Münchner Friedenskonferenz.

In diesem Zusammenhang freut es mich besonders, dass ich heute Abend Frau Dekha Ibrahim Abdi hier willkommen heißen kann. Ich erinnere mich sehr gerne daran, wie ich Frau Abdi vor anderthalb Jahren kennen gelernt habe. Es hat mich sehr beeindruckt, wie sie damals auf einer Veranstaltung mit anderen alternativen Nobelpreisträgern ihren Ansatz von Friedensarbeit dargestellt hat. Gemeinsam mit anderen Frauen gründete sie 1992 eine Initiative, die sehr strategisch vorgeht, um Frieden zu schaffen. Ziel ihrer unermüdlichen Arbeit ist es bis heute, brutalen und gewalttätigen Konflikten mit den Mitteln der Schlichtung und Mediation entgegenzutreten. Dekha Ibrahim Abdi und ihre Unterstützerinnen vermitteln zwischen den verschiedenen Kulturen und berücksichtigen die Interessen aller Seiten. Im Zentrum steht ein fairer Interessensausgleich zwischen allen beteiligten Volksgruppen – um den Gebrauch von Waffen zu verhindern.

Der Einsatz von Frau Abdi zeigt beispielhaft, dass Sicherheit heute nicht mehr rein militärisch definiert werden darf. Vielmehr müssen wir

uns darauf konzentrieren, welche friedlichen Mittel und Mechanismen es gibt, um Konflikte zu vermeiden.

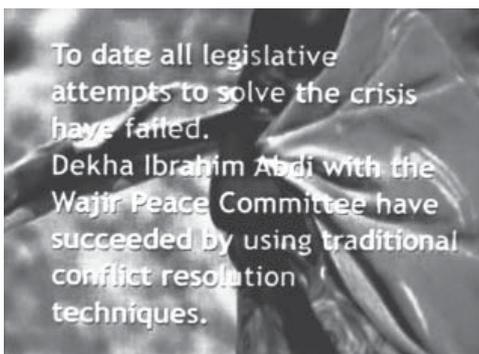
Lassen Sie mich jetzt schließen mit einem Zitat von Aristid Briand, der im Jahr 1926 als französischer Staatsmann den Friedensnobelpreis erhielt: „Aber der Friede erfordert andauernden Dienst, unentwegt und zähe, er verlangt Ausdauer, er lässt keinen Zweifel zu. Zweifel, Skepsis und Miss- trauen lähmen den Friedensgedanken.“

Keinen Zweifel habe ich daran, dass sich die Initiatoren und Veranstalter dieser 9. Münchner Friedenskonferenz ganz im Sinne von Aristid Briand genähert haben – nämlich mit viel Ausdauer, Beharrlichkeit und persönlicher Überzeugung. Dafür gebührt Ihnen allen ein ganz besonderer Dank. Allen voran Herrn Thomas Rödl, der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK und dem gesamten Trägerkreis der Konferenz.

Bei dieser Gelegenheit auch ein großes Dankeschön an das Goethe-Institut, das für diese 9. Münchner Friedenskonferenz komplikationslos seine Räumlichkeiten als Ausweichquartier zur Verfügung gestellt hat. Vielen Dank für Ihre Gastfreundschaft!

In diesem Sinne wünsche ich der 9. Internationalen Münchner Friedenskonferenz einen harmonischen Verlauf und eine ergebnisreiche Diskussion und freue mich, wenn wir uns im kommenden Jahr zur „Jubiläumskonferenz“ im festlich renovierten Münchner Rathausaal wiedersehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!



# Wolfgang Dietrich

## Österreich

### Welcher Frieden für welches Europa?

Guten Abend, ich danke sehr für die Einladung hierher, es ist mir eine besondere Freude und Ehre heute mit Ihnen diesen Abend zu verbringen.

Nachdem ich schon in der Vorstellung einer meiner ersten Charakteristika überführt worden bin, möchte ich gleich ein Outing anschließen. Also, die Überführung war, ich bin Österreicher, das Outing dazu führt mich dann schon direkt in das Thema hinein: ich werde mir gestatten, vier Punkte vorzustellen. Von einer relativ pessimistischen Ausgangslage, die ein bisschen schon in der Vergangenheit liegt, zur aktuellen Situation oder einem aktuellen Vorschlag, im Sinne auch des Vorschlags des Herrn Bürgermeister, dass wir konstruktive Vorschläge einbringen, was ich dann in meinem letzten Punkt mache.

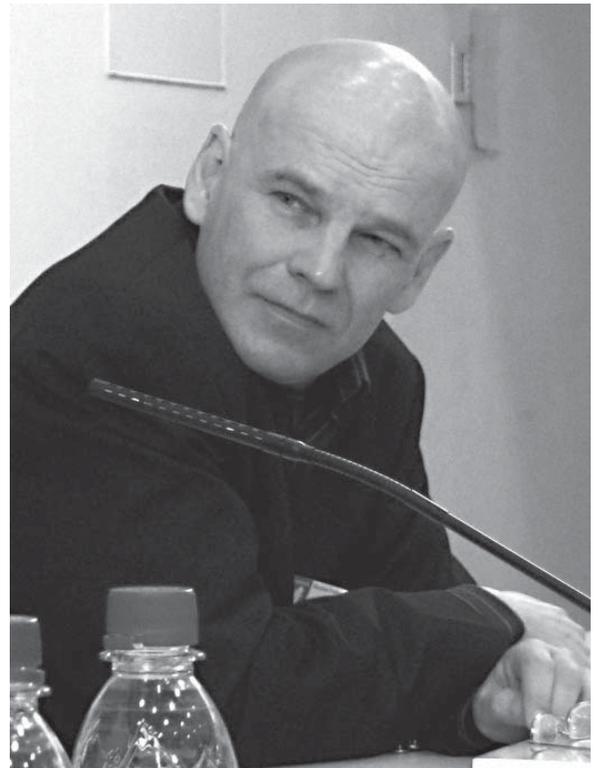
Ja und das bringt mich zum Outing: Als Österreicher war ich – wie auch alle meine Landsleute - 1994 eingeladen zu einer Volksabstimmung über den österreichischen EU-Beitritt, ob wir das wollen oder nicht. Das Resultat ist, glaube ich, historisch bekannt. Und mein Outing ist: Ich habe damals mit Nein gestimmt, ich habe gegen den österreichischen Beitritt zur EU gestimmt. Das hatte eine Reihe von Gründen, viele davon sind einfach heute nicht mehr interessant und auch in diesem Kontext nicht interessant, aber einen möchte ich herausgreifen und der führt mich dann in das Thema.

Ein Grund, warum ich dagegen gestimmt habe war, dass ich damals in meiner Eigenschaft als internatio-

nal tätiger Friedensforscher, wenn Sie das so nennen wollen, massive Zweifel an dem hatte, was man uns in Österreich im Vorfeld dieser Volksabstimmung unter dem Titel „Friedensprojekt Europa“ vorgestellt hat. Ich hatte Zweifel daran, dass dieser Mythos - so wie er uns präsentiert wurde von den politischen Parteien, die den Beitritt betrieben - dass das auch tatsächlich die ganze Wahrheit über die Friedensfähigkeit Europas und über die Leistungsfähigkeit und Wirkung des Integrationssystems Europäische Gemeinschaften bzw. Europäische Union wäre.

#### Friedensprojekt Europa?

Nun kann man diese Behauptung von verschiedenen Seiten her ansehen und das hat sich nicht sehr verändert seit 1994. Die eine wäre die empirische Zugangsweise - und es stimmt zweifelsfrei, dass seit der Begründung des Europäischen Gemeinschaftswesens in all seinen Abstufungen zwischen den Mitgliedsländern dieser Gemeinschaften nie ein Krieg geführt wurde. Das ist soweit so gut und ich meine sehr gut, wenn man die vorangegangene Geschichte in Betracht zieht. Die Frage ist aber noch einmal: Was bedeutet das, und ich weiß jetzt schon, jetzt gibt's natürlich die Einsprüche: na, ganz so friedlich und gewaltfrei war's doch nicht. Nehmen wir das Beispiel Baskenland. Ich möchte darauf jetzt nicht spezifisch eingehen, weil ich glaube, dass diese Fragen eher Problemen der Nationalstaatsbildung zuzuordnen sind als



der suprastaatlichen Integrationsbewegung. Also das nur als Fußnote.

Wenn man aber jetzt systemisch oder systemtheoretisch diese selbe Frage betrachtet, dann stellt sich mir und stellte sich mir damals die Frage: Was bedeutet regionale Integration in den Zentren für die soziale Lage an den Peripherien?

Diese Frage war für mich damals besonders wichtig, weil ich eben auf drei Kontinenten unterwegs war und zum damaligen Zeitpunkt ein großes Forschungsprojekt durchführte über regionale Integration an den wirtschaftlichen Randzonen in den nicht industrialisierten Ländern. Ich habe noch ein Buchexemplar gefunden - es steht nicht zum Verkauf, ist keine Werbung - das da 1998 erschienen ist als Ergebnis dieses Forschungsprojekts: „Peripherie, Integration, Mission und Frieden im Weltsystem“. Und das Ergebnis kann ich einfach kurz in einem Satz zusammenfassen. Diese generelle Idee, dass überstaatliche Integration automatisch Frieden zur Folge hätte, greift zu kurz und ist nur richtig unter ganz bestimmten Randbedingungen, die üblicherweise im politischen Diskurs nicht diskutiert werden.



gibt und dass die Gewinner wir alle sind, die wir hier in dem Raum sitzen - und die Leute, die so leben wie wir.

Das heißt, es gibt einen Zusammenhang zwischen dem, was außerhalb passiert und was man so technisch hässlich „Peripherien“ nennt, und dieser Friedenslösung, diesem Friedenssystem im Zentrum. Warum ist es aber? Weil Wirtschaft immer interagiert mit anderen Bereichen und weil das dazu führt, dass es selbstverständ-

Das wesentliche Ergebnis wäre - ja natürlich, wir kennen das als Mitglieder der Europäischen Union - dass diese Friedensformel für Europa selbst zutrifft, sie trifft immer noch zu, auch 50 Jahre später. Doch was hat diese Union für eine Art von Frieden gebracht?

Nach innen, genauso wie es der Herr Bürgermeister gerade in seiner Rede kurz angesprochen hat, nach innen, zweifelsfrei eine für uns als hier wohnende Menschen, einen im technischen Sinne negativen strukturellen Frieden. Was heißt, es wird nicht geschossen, das trifft praktisch für das ganze Unionsgebiet zu. Es gibt keine Kriege zwischen Staaten und wir haben im Großen und Ganzen ein Sozialwesen, an dem es zwar vieles zu kritisieren und zu verbessern gibt, das aber verglichen mit anderen Möglichkeiten nicht so schlecht ist, in dem sich's ganz angenehm leben lässt.

Wenn das die ganze Geschichte wäre, dann wäre ich widerlegt und meine Bedenken von damals wären falsch gewesen. Nun stelle ich die Frage, ob dieser idealistische Glaubenssatz, den wir alle so gut kennen, dass Menschen dann keine Gewalt anwenden, wenn es ihnen gut geht, wenn es ihnen wirtschaftlich gut

geht, wenn ihre Grundbedürfnisse erfüllt sind, dass sie dann auch keine Kriege führen, weil es sich wirtschaftlich nicht rentiert. Ist dieser Glaubenssatz richtig, ein idealistischer, starker Glaubenssatz?

Nun würde ich meinen, dass, wenn wir im industrialisierten Zentrum uns dieser Frage annehmen, dann dürfte sie mit „ja“ zu beantworten sein. Es scheint realisiert und empirisch belegt, dass das so ist. Es geht uns ganz gut und wir schießen nicht aufeinander.

Wenn ich nun aus systemischer Sicht hinsehe, stellt sich aber die weitere Frage: Was passiert denn jenseits der Grenzen dieser Friedensunion? Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Vorgängen, die jenseits dieser Grenze passieren, den Lebensverhältnissen der Menschen jenseits dieser Grenzen und den Errungenschaften, die das System selbst vorstellt und für das Ziel selbst propagiert? Nun würde ich meinen, dass wenn wir die konkreten Waren- und Wirtschaftsflüsse, die Ressourcenflüsse und Gewinne ansehen, die aus der Prosperität Unions-Europas entstehen, wenn wir uns das ansehen, dann ist unübersehbar, dass es einen permanenten Nettokapitalfluss von den Peripherien in die Zentren

lich einen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik gibt. Und weil aus diesem Zusammenhang im Interesse der Gewinner die Manipulation der Ränder, der Ausgeschlossenen, der weniger Integrierten, immer resultiert.

Wenn wir heute alle betroffen sind, und ich bin persönlich sehr betroffen, weil drei meiner Studenten derzeit in Ägypten auf den Straßen sind und dort unmittelbar in die Geschehnisse involviert sind, also meine Sorge gilt diesen Leuten, die ich persönlich sehr gut kenne und sehr schätze - wenn wir dieses Thema auch heute zu unserem Thema machen, so meine ich, dass diese Frage schon angeklungen ist. Dass wir uns dieser Frage sehr wohl zu stellen haben: Was hat das mit uns zu tun? Wie ist es möglich, dass Regime dieser Art über Jahrzehnte unmittelbar vor der Haustür der europäischen Friedensgemeinschaft leben können? Was hat das einmal mehr mit unserem Wohlstand zu tun? Ich würde mal sagen, wir erleben affektive Freude darüber, dass dieses Regime jetzt wackelt, und wohl wahrscheinlich auch fällt. Dürfen wir das auch etwas sachlicher ansehen und uns unmittelbar fragen, was wir dazu beigetragen haben, dass es so ge-

kommen ist? Und ich meine jetzt nicht nur die mediale Unterstützung der Demonstrationen.

Nun, was heißt das in einer weiteren Folge? Also, wir sehen die Manipulation der politischen Systeme an den Peripherien im Interesse des Zentrums und damit eine reale Verschlechterung der Lebensbedingungen. Was wir weiter sehen, ist dass dieses Friedensprojekt Europa gelegentlich auch physisch gewalttätig an den Peripherien interveniert, nicht unbedingt als Europäische Union oder als Europäische Gemeinschaften, aber dann im nationalstaatlichen Gesicht, das reicht etwa von Malvinas oder dem Falklandkrieg, wenn Sie sich noch erinnern, bis herauf zum Irak, zu Afghanistan etc. Das gibt es gelegentlich (i.e. die militärische Intervention, Red.), was es aber idealtypisch und systemtypisch gibt, das ist die strukturelle und kulturelle Gewalt, die dieses Integrationsystem nach außen bewirkt. Das wäre der negativste Punkt, mit dem ich einsteigen wollte.

### Freiheitsgrundsätze in Europa

Nun, Punkt zwei wäre die genauere Frage nach diesen idealistischen Glaubenssätzen des Friedensprojekts Europas, die ja in ihrem Kern liberal sind. Das heißt also, man strebt nach möglichst freiem Strom aller wirtschaftlichen Faktoren. Dieses „freie Spiel der Kräfte“ war aber immer eine theoretische Annahme, politisch interessengelenkt und manipuliert und, was die einzelnen Faktoren betrifft, wird sie äußerst ungleich behandelt. Ja, die Politik strebt seit geraumer Zeit unter diesem Titel des Neoliberalismus nach einer radikalen Reduktion aller Handels-

hemmnisse, was in der üblichen politischen Praxis bedeutet: niedrige Zölle oder Reduzierung der Zölle, Beseitigung der nichtperipheren Handelshemmnisse, d.h. es sollen die Waren, es sollen die Geldflüsse möglichst ungebremst und ohne Hindernisse fließen können. Aber, und hier kommt der innerer Widerspruch, der mich immer wieder verblüfft, wenn ich Vertreter des Wirtschaftsliberalismus sprechen höre: Wie schaut's denn mit dem Faktor Arbeit aus?

Das ist doch eigentlich ein Grundfaktor nach der liberalen Wirtschaftstheorie, der Faktor Arbeit müsste doch eigentlich auch frei fließen dürften? Und wenn ich das jetzt aus dieser wirtschaftlich angehauchten Sprache übersetzte, dann ist der Faktor Arbeit doch der Mensch, nicht? Das heißt also, es geht darum: Können Menschen, sich ihren Arbeitsplatz, ihren Wohnplatz einfach frei dort suchen, wo sie glauben, dass die Lebensbedingungen für sie am günstigsten sind? Müsste der Liberalismus das nicht eigentlich vertreten?

Also ein vollständiger Liberalismus müsste doch sagen: Ja, lasst uns das Geld doch hin schicken, wo wir wollen, lasst uns unsere Fabriken bauen, wo wir wollen, stoppt die Politik, die uns daran hindert, die das regulieren will, aber dann lasst doch bitte auch die Arbeitskräfte dort hingehen, wo sie wollen. Und wenn wir das radikal zu Ende denken, dann ist uns eigentlich ganz klar, dass dieses wunderbare Integrationskonzept relativ schnell zusammenbricht, wenn man diese Grenzen öffnet und einfach das laufen lässt was läuft, dann wird der Enthusiasmus relativ

schnell sinken, für diese Form.

Daher würde sich also die Frage stellen: Kann es einen gewissen Ausgleich zwischen der Freizügigkeit der verschiedenen Faktoren geben und kann man das auf eine menschengerechte Weise, auf eine menschenfreundliche Weise organisieren? Mir scheint nämlich das Interesse am Faktor Arbeit sekundär gegenüber den primären Interessen, wie es konkreten Menschen und Gemeinschaften geht und was die Freiheiten dieser Menschen sind.

Das heißt also, wenn durch nationalstaatliche Größen der freie Fluss manipuliert wird, eingeschränkt wird, dann gerät insgesamt an vielen Stellen der Welt das jeweilige Sozialsystem in eine bedrohliche existentielle Notlage, verunmöglicht Menschen das Leben und erhöht den Druck enorm, weil sie ja nicht weg können. Weil sie natürlich auch nicht weg wollen, das ist im Regelfall nicht das Interesse von Menschen. Also einfach mutwillig irgendwo hin zu gehen. Aber selbst wenn sie sich durchringen, wenn sie den heldenhaften Beschluss fassen: „Ich probiere es irgendwo anders, wo ich mich nicht auskenne, wo ich mich neu orientieren muss, wo ich mich neu positionieren muss“, wenn sie diesen Beschluss fassen, dann können sie immer noch nicht, weil ihnen immer noch jede Menge von Barrieren in den Weg gelegt werden. Und wenn man sich das in konkreten menschlichen Schicksalen ansieht, wenn man sich das als ein politisches System ansieht, dann denke ich, wird relativ bald klar, dass wir es hier mit einem erheblichen Gewaltfaktor zu tun haben, der vielleicht nicht schießt, der viel-



leicht nicht unmittelbar physische Gewalt anwendet, der aber strukturelle Gewalt zum Bersten bringt. Mir scheint, dass die Dinge, die wir eingangs angesprochen haben, die also jetzt im Mittelmeerraum in massiver Bewegung sind, dass die sehr viel damit zu tun haben.

### Sicherheitspolitik gegen Terror

Damit komme ich zum dritten Punkt und möchte kurz - nachdem ja dieser Kontext der beiden Konferenzen hier in München gegeben ist - auf die „Europäische Sicherheitsstrategie“ von 2003 eingehen. Ich weiß nicht, wie vielen von Ihnen das gegenwärtig ist, was dort steht und was das ist, das ist einfach kurz formuliert ein zentrales Papier, in dem man übereinkommt, wie die europäische Sicherheitspolitik zu führen ist, wie sie zu harmonisieren ist, und natürlich was in erster Linie die Inhalte dieser Strategie sein sollen. Das ist das, was in der benachbarten Konferenz gerade diskutiert wird.

Nun, wenn wir auf diesen Aspekt schauen, so sehen wir, dass diese Sicherheitsstrategie in der ursprünglichen Version von 2003 in all ihren Punkten eigentlich um ein einziges Thema kreist und dieses Thema heißt Terror. Was aus der Zeit heraus verständlich ist, bevor dieses Papier diskutiert und veröffentlicht wurde: Wir haben davor den September 2001, da gibt es einen sehr engen zeitlichen Zusammenhang.

*(Lücke in der Tonaufzeichnung, aber der nächste Absatz sinngemäß:)*

Die anderen Punkte die in dem Papier erwähnt werden: Das wären Proliferation von Massenvernichtungswaffen

bzw. gefährlichen Waffen generell, dann regionale Konflikte, nicht in Europa, sondern sonst wo, dann die sogenannten „failed states“, die nicht geglückte „Durchstaatlichung“ und dann (in der Folge des Scheiterns des Staates, Red.) organisiertes Verbrechen.

Wenn wir diese Punkte ansehen und uns fragen: Warum fürchten wir uns denn, warum interessieren uns die denn eigentlich, wenn das irgendwo auf der Welt passiert? Mit diesen Fragen sehen wir, dass sie alle mit dieser Grundidee des Terrorismus verbunden sind. Dahinter steht, dass alles Mögliche uns in letzter Konsequenz als Europäische Union, als Gemeinschaftswesen bedroht. Das heißt, das Terrorbild ist politikleitend. Das heißt: Wir nehmen alle anderen als potentielle Gefahr war. Eine Sicherheitskonzeption, die nicht fragt: „Wie wirken wir nach außen? Was ist die kulturelle bzw. strukturelle Gewalt, die wir in die Welt bringen?“ Sondern die ausschließlich fragt: „Was können die uns denn tun, diese anderen, die Terroristen?“

Und dann werfen wir - nach Möglichkeit mit dem Bild des Terroristen - gleich alles andere, was nicht so

aussieht oder so spricht, handelt, funktioniert wie wir, in einen Topf. Und weil das eine derartig ernste Bedrohung unserer eigenen Art ist, legitimieren wir uns im Anschluss gleich über die entsprechenden Entschlüsse der NATO der 70er Jahre die sogenannten „Out-of-area-operations“. Wenn Sie sich erinnern, diejenigen die damals schon interessiert waren, in den Neunzigern war das ein massives Thema für die damalige Neudefinition der NATO, dass sie vom reinen Verteidigungsbündnis zu einem Bündnis wurde, das auch außerhalb des eigenen Territoriums tätig werden konnte. Warum? Weil ja die Wurzel allen Übels bei den anderen liegt. Dort draußen, dort müssen wir hin und alles, was wir tun, müssen wir in den Dienst dieser umfassenden Sicherheitspolitik stellen. Und das schließt - inzwischen kaum noch wirklich hinterfragt - z.B. auch die Entwicklungszusammenarbeit mit ein.

Also „Entwicklungszusammenarbeit“ kann ja viele Motive haben, wenn man das Wort überhaupt will, im weiteren Sinne Solidaritätsarbeit, humanitäre Aktivitäten, Freundschaften, die über Grenzen und über Regionen hinweg gehen. Es kann viele Gründe und Motive



haben. Wenn ich die Sicherheit zu ihrem Grundmotiv mache, dann schauen alle Projekte entsprechend aus. Dann definiere ich oder definieren wir, als diejenigen die die sogenannten Geber sind, wie solche Projekte zu bauen sind, damit die da unten uns nicht gefährlich werden. Das sagt man natürlich in einem vornehmeren politischen Kontext so nicht wie ich es gesagt habe, so salopp, aber als Tiroler darf ich das so salopp ausdrücken. Wir sehen eine Denkstruktur, eine veröffentlichte Meinung, dass keiner mehr wirklich aufschreit, wenn das Argument kommt. Wir schlucken das inzwischen fast schon widerspruchsfrei. Das halte ich für bedenklich und wenn wir über Veränderungen reden, ich denke, dann dürfte an unserem eigenen Diskurs etwas getan werden.

Also die Perspektive wechseln, das ist in der Friedenspolitik immer sehr ratsam. Schauen wir uns das Problem von einer anderen Warte aus an, so dass wir uns selbst in die Schuhe von anderen Akteuren begeben, dann merken wir, dass die EU vielleicht nicht als der tatsächlich oder potenziell bestmögliche Friedensakteur wahrgenommen wird, sondern durchaus als ein potentiell gewaltbereiter Akteur und eben



nicht als ein Friedensfaktor. Daran ändern auch die neuen Themen in der Sicherheitsdebatte nicht wirklich etwas. Cyberkriminalität, oder Cyber

warfare, das ist ein spannendes Thema, wenn ich es in die Logik der Nationalstaaten setze, dann entstehen hier natürlich auch wieder Bedrohungsbilder, wie man sie in der jüngeren Vergangenheit gehabt haben, die höchstwahrscheinlich Gegenstand militärischer Maßnahmen sein müssen. Wenn ich es aus diesem Kontext heraus nehme, stellt sich die Frage, warum das nicht auch Polizeiaufgaben sein können. Und dann kommt natürlich auch die gesamte Komponente Umweltkatastrophen auf internationaler Ebene hinzu, die ein interessanter Faktor ist, aber auch zur Frage führt, welcher Akteur und welche Befehlsstruktur sollte diese Aktionen leiten?

### Neues Denken - neue Ansätze

Gut, aber ich darf dann also zum Abschluss kommen, meinen letzten Gedanken zu Ende führen. Ja, das wäre also dann der vierte Punkt: Es geht um das, was wir an unserem Innsbrucker Lehrgang die transrationale Wende in der Politik nennen. Das ist ein durchaus optimistisches Konzept, in dem wir sagen: Analytisch gesprochen gibt es eine ganze Reihe von offensichtlich werdenden Veränderungen in der Wahrnehmung und in der Orientierung der politischen Akteure, die es gestatten zu sagen,

dass das traditionelle „Handling“ und die Praxis, die aus der nationalstaatlichen Logik resultiert, langsam verklingen. Und das Optimistische

darin ist, also nach meiner persönlichen Beobachtung, dass das die eigentlichen Schlüsselakteure sind. Meiner Ansicht nach bildet die Diplomatie die Avantgarde. Da ist in den letzten 20, 30 Jahren enorm viel passiert. Ich habe jetzt leider nicht mehr die Zeit, darauf einzugehen, doch ich möchte es zumindest nennen. Ein weiterer Faktor, der interessant ist aus meiner Sicht - aber da gebe ich dann wirklich an Herrn Felber weiter - ist die Wirtschaft bzw. generell das Wirtschaftsdenken. Was tut sich da, was wird auf einmal akzeptabel im Diskurs, was noch vor wenigen Jahren ganz undenkbar gewesen wäre. Also ich denke, dass es auch da interessante Bereiche gibt. Dann auch die Entwicklungszusammenarbeit, ich nenne das nun, weil auch hier sehr spezielle Dinge passieren. Und weil wir hier sind und weil das nun mein letzter Punkt ist, ganz besonders interessant finde ich die gesamte Entwicklung im militärischen Sektor und im Selbstverständnis des Soldaten und in der Entwicklung des Soldatenbildes, das sich aus den verstärkten internationalen Missionen im Rahmen der Vereinten Nationen ergeben hat.

Ich lade Sie ein, darüber nachzudenken: Was ist der Unterschied in der psychologischen Disposition zwischen einem gewöhnlichen Soldaten oder einer Soldatin auf einer internationalen Friedensmission mit UN Mandat - ich bin Österreicher, also das ist für mich immer mit dabei - und der Einstellung, der Orientierung eines traditionell auf Landesverteidigung geschulten Soldaten?

Das erfordert eine neue Logik. Wenn das die prioritäre Einsatzlogik wird, erfordert es ein vollkommen neues Soldatenbild auf der psychologischen Ebene und diesen Punkt hätte ich sehr gerne auf der anderen Konferenz debattiert. Da bin ich nicht eingeladen worden, hierher schon. Ich hör jetzt auf, sonst werde ich auf diese auch nicht mehr eingeladen.

Danke sehr.

# Dekha Ibrahim Abdi

## Kenia

# Friedensarbeit - afrikanisch

*Der abgedruckte Text ist eine gekürzte und überarbeitete Übersetzung eines Referats von Dekha Ibrahim Abdi, das sie zum gleichen Thema an einem anderen Ort gehalten hat.*

### Zur historischen Entwicklung

In den jungen unabhängigen afrikanischen Staaten der 1950er bis 1990er Jahre lag der Fokus auf der Entwicklung von modernen Institutionen wie Regierungsgewalt und der Negation von traditionellen kulturellen Institutionen und ihrer Bewältigungsstrategien für soziale Konflikte. Viele Staaten entwickelten eine Sicherheitspolitik anstatt einer Friedenspolitik. Der Fokus liegt dabei auf Verbrechensbekämpfung und nicht auf Konfliktbewältigung. Konflikte jedweder Art werden unterdrückt und als antistaatlich oder oppositionell angesehen - ohne eine Möglichkeit zum Dialog.

Friedensarbeit und Konflikttransformation findet gerade in Kenia statt. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass es in Kenia nur eine nationale Sicherheitspolitik und keine explizite Friedenspolitik gibt. Der zugrunde liegende Kontext eines tiefen ungelösten Traumas, das sich auf die Staatsgründung zurückführen lässt, erklärt, dass Gewalt als Teil des nationalen Freiheitskampfes gerechtfertigt wurde und so Gewalt als Instrument zur Konfliktlösung institutionalisiert wurde. Auch nach dem Erreichen der Unabhängigkeit bleibt die Verwendung von Gewalt sowohl in physischer als auch in struktureller Form die Norm in Kenia.

Inklusive Nationen und Staaten



entstehen durch einen langen Prozess und in Kenia blockiert eine Kultur der Konfrontation und eine Unfähigkeit zum Dialog einen langanhaltenden Frieden. Dies wird verschlimmert durch andere Herausforderungen: der Klimawandel und damit verbundene Ressourcenkonflikte, der institutionalisierte Konflikt in der Regierung, der für Spannungen auf internationaler Ebene und Misstrauen auf lokaler Ebene sorgt, das ethnische und religiöse Spannungsverhältnis in Verbindung mit lokalen und globalen Identitätsfragen sowie ein Generationskonflikt.

### Beginn des Friedensprozesses

Als Reaktion auf eine besonders gewalttätige Periode im Jahr 1992 wurde eine lokale Friedensbemühung gestartet, direkt nach den nationalen Wahlen und einer starken Dürre. Das Ziel war es nicht nur, die gerade stattfindende Gewalt zu stoppen, sondern auch die Wurzeln der gewaltsamen Konflikte in Wajir anzusprechen sowie einen langanhaltenden Frieden im Bezirk zu schaffen. Die Gruppe wurde unter dem Namen 'the Wajir Peace and Development Committee' (WPDC) bekannt.

1993 begann der Friedensprozess in

Wajir mit dem Treffen von 36 Stammesältesten der 3 großen Stämme sowie der Minderheitenstämme. Stammesältester war jeder, der einen gewissen Rang und Namen in der Gemeinschaft hatte. Glaubwürdigkeit war ein wichtiges Kriterium, da einige der ausgewählten Ältesten eine fragwürdige Glaubwürdigkeit genossen, trotz ihrer Stellung in der Gemeinschaft.

Die Erkenntnis dieser Schwäche führte dazu, dass selbstbewusstseins- und vertrauensbildende Maßnahmen als wichtiger Schritt zur Entwicklung der Al Fatah-Strukturen angesehen wurden. Ein Teil dieser Maßnahmen war die Übereinkunft, dass sämtliche Herausforderungen in der Gemeinschaft als Team gelöst werden sollten.

Einige der Grundsatzregeln sind:

- 1. Die Stammesältesten sind im Kollektiv verantwortlich für das Gemeinwohl. Bei jedweder Intervention ist zu bedenken, dass Gemeinwohl über Einzelinteresse steht.
- 2. Bei jedweder Intervention stehen die Stammesältesten auf der gewaltfreien Seite.
- 3. Die Stammesältesten dienen als Bindeglied zwischen der Gemeinschaft und der Regierung.

- 4. Die Stammesältesten sind der Wahrheit verpflichtet und erkennen an, dass es mehr als eine Wahrheit gibt und dass eine friedliche Lösung nur im Dialog gefunden werden kann.
- 5. Die Stammesältesten sind gegenüber Gott, sich selber, der Regierung und der Gemeinde, die sie zu ihrer Aufgabe ernannt hat, rechenschaftspflichtig.

Die Al Fatah-Ältesten wurden in ihrer Rolle als Mediatoren vom WPDC unterstützt. Dieser Prozess begann als Wiederaufbau der Beziehungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, um einen Raum zu schaffen, in dem auf sichere Art und Weise verhandelt und gestritten werden konnte.

### Ein guter Lehrer

Diese Praxis wurde institutionalisiert, und als Koordinatorin für ein Friedenskomitee begleitete ich das DSC (District Security Committee, das aus sechs Regierungsbeamten besteht) zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung. Ich beobachtete den Bezirksbeauftragten Mr. Kibiti Rintari, den Vorsitzenden des DSC, der ein Gerüst für Gemeinschaftssicherheit geschaffen hatte, und konnte viel von ihm lernen. Er hörte auf die Bedenken der Parteien, brachte nie vorschnell einen übereilten Lösungsvorschlag ein, er schuf eine sichere Zone sowohl für die Selbstreflexion als auch zur Kühlung überhitzter Gemüter, er ließ die Konfliktparteien die Tagesordnung sowie deren Gestalt und Abarbeitung bestimmen. Er akzeptierte seine Fehler als Person und auch als Vertreter der Regierung und arbeitete auf eine inklusive Lösung des Konflikts hin. Ich konnte in vielen Treffen erkennen, dass die Atmosphäre von einer „wir gegen Sie“ Stimmung zu einer „wir alle einschließlich des Regierungsbeauftragten“ Stimmung umschwenkte. Dieser Prozess formte und informierte uns bei der Entwicklung unserer Prinzipien für permanente Mechanismen und Strukturen für den Friedensprozess. Dieser Prozess hat die involvierten Parteien aus ihrer Opferrolle hin zu handelnden

Akteuren gemacht, die realisiert haben, dass sie sowohl alle Teil des Problems als auch Teil der Lösung sind. Jeder Beitrag ist einzigartig, daraus hat sich das Motto für eine gemeinschaftliche Sicherheit entwickelt:

Frieden ist eine gemeinschaftliche Verantwortung.

Die Reise war lang, aber nun existiert in allen Bezirken Kenias eine Friedensstruktur.

### Landesweite Friedensarbeit

Die Arbeit an einer einzigen Lokalität oder in einem einzigen Sektor ist nicht nachhaltig. Um einen lang anhaltenden Frieden zu sichern, ist es wichtig, über ein Netzwerk in sämtlichen Sektoren und Levels zu arbeiten und die Arbeit auf eine größere regionale und nationale Ebene zu stellen. Dies ist von größter Wichtigkeit, wenn die Konfliktparteien erreicht werden sollen.

Die Lektionen, die ich in Wajir gelernt hatte, konnte ich in meiner Arbeit in Kenia und darüber hinaus anwenden. Meine jetzige Arbeit beinhaltet Friedensarbeiten in den Grenzregionen von Kenia und Somalia, in denen bewaffnete Gruppen die Staatsautorität anfechten. Jede Situation dort hat ihren eigenen Kontext und verlangt nach ihrer eigenen Methode. Obwohl einige Prinzipien universal gelten, ist doch deren Anwendung immer unterschiedlich.

In der Entwicklung und Bestärkung der streitschlichtenden Kapazitäten in Wajir, wo ich 1990 mithalf, den Friedensprozess zu starten, stellten wir fest, dass kulturelle Stammesfürsten eine Schlüsselkomponente darstellten. In Garissa und Mandera jedoch ist die Vermischung von somalischer Kultur und Islam von starker Bedeutung und die streitschlichtenden Autoritäten sind die religiösen Führer. Die Zusammenarbeit mit ihnen bringt seit 2005 sehr positive Ergebnisse.

Bei der Entwicklung einer lokalen Einrichtung zur Streitschlichtung - der Mandera Mediationsrat (MMC)

ist eine solche Einrichtung - war es wichtig, eine vielschichtige Mitgliedschaft zu haben. Die Mitglieder entstammen aus sämtlichen vorhandenen Religionsgemeinschaften, obwohl im Bezirk Mandera hauptsächlich Sunni Muslime wohnen. Doch auch innerhalb dieser Gruppe gibt es Untergruppierungen, die sich in Ideologie und Generation unterscheiden. Die Werte und Prinzipien, die den Ansatz des MMC bestimmen, sind Pluralität und Inklusivität. Um eine friedliche Koexistenz zu ermöglichen, wird aus Prinzip einer breiteren Gruppe das Mitspracherecht bei Entscheidungen eingeräumt.

Der MMC hat bei seiner Arbeit in den grenzübergreifenden Konflikten an der kenianisch-somalisch-äthiopischen Grenze wertvolle Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit anderen Friedensgruppen gemacht, dabei hat er mit kreativen und ideologischen Konflikte zu tun gehabt. Er hat die Komplexität hinter Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen wie Al Shabab verstanden. Solche Situationen verlangen eine andere Art von Führung, die über die ursprünglichen Reaktionen hinausgeht.

An der Grenze zwischen Kenia und Somalia arbeiten sie daran, eine Friedenszone zu schaffen, in der unterschiedliche Akteure ihre unterschiedlichen Ansichten über nationale Sicherheit und andere Sorgen äußern können.

In der kenianischen Provinz Mandera hat die Gemeinde ein fünfköpfiges Team von grenzübergreifenden Streitschlichtern ins Leben gerufen. Diese treten als Mediatoren zwischen der kenianischen Regierung und der bewaffneten Gruppe Al Shabab auf. Das Team besteht aus zwei religiösen Führern, zwei Stammesältesten und einem Jugendlichen. Alle Streitschlichter sind Männer. Die Gruppe arbeitet als Mittler in Kriminalfällen, sozialen Problemen, Informationsdistribution und der Rückgabe von verschwundenen Personen und Vieh. (Der Grenzverlauf zwischen Kenia und Somalia ist nicht genau dokumentiert und

in den betroffenen Regionen nur schwer festzustellen.)

### Ein Beispiel macht Schule

Im Januar 2011 verirrte sich ein anscheinend geistig verwirrter, christlicher kenianischer Lehrer und übertrat die Grenze zu Somalia. Dort wurde er von Al Shabab festgenommen und ihm wurde vorgeworfen, für Kenia zu spionieren. Ein Mitglied des Streitschlichter-Teams, ein islamischer Anführer, fuhr nach Somalia, um über die Freilassung des Lehrers zu verhandeln. Al Shabab war schockiert und wütend darüber, dass der islamische Kenianer für die Freilassung eines Christen verhandelte. Der Kenianer rechtfertigte sich nicht, sondern fuhr fort, dass der Gefangene sein Bruder sei, da sie die selbe Nationalität hätten und es seine Pflicht sein, für sein Land und seine Leute zu verhandeln. Er appellierte an die Somalier, sich an die Pflicht der guten Nachbarschaft, wie sie im Koran steht, zu halten und an das Prinzip der gegenseitigen Abhängigkeit.

Al Shabab war von der tiefen Besorgnis und dem Engagement des Streitschlichters beeindruckt und erlaubten ihm, den Lehrer zu sehen.

Vier Tage später wurde ein Unteroffizier von Al Shabab in Kenia festgenommen. Der selbe Streitschlichter wurde von Al Shabab hinzugezogen, da sie sich um den Festgenommenen Sorgen machten. Der Streitschlichter trat in Verhandlungen mit der kenianischen Polizei und trat dafür ein, dass der Al Shabab-Unteroffizier freigelassen wurde. Dann begleitete er ihn zur Grenze und übergab ihn dort Al Shabab. Diese Geste schockierte Al Shabab und es wurde gesagt, dass

sie zutiefst beschämt gewesen seien. Der kenianische Lehrer wurde freigelassen und Al Shabab entschuldigte sich beim Streitschlichter dafür, dass sie seine Worte nicht respektiert hatten.

Al Shabab ließ des weiteren verlauten, dass sie sich auf einen neuen Versuch, mit der Regierung von Kenia zusammen zu arbeiten, einlassen würden.

Im September lobten die lokalen Friedensorganisationen in Mandera die kenianische Polizei und den Geheimdienst für ihre Unterstützung. Dies sorgte dafür, dass die Internationale Friedensorganisation ihnen ein Zertifikat am Weltfriedenstag ausstellte. Eine solche Geste der Anerkennung ist eine willkommene Abwechslung nach der sonst so antagonistischen Beziehung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.

### Neue Strategien

Die Lektion, die von 1990 - 2010 gelernt wurden, führte zu einem Wechsel von reaktiver Strategie hin zu kohärenteren Ansätzen. Jeder Ansatz und jede Institution hat ihre Limits. Kein Level oder Sektor kann alleine eine sinnvolle Reaktionsstrategie auf gewalttätige soziale Konflikte erbringen. Es ist unbedingt wichtig, den Konfliktkontext zu verstehen und die unterschiedlichen Systeme und Subsysteme zu kategorisieren. Kein Sektor kann als geschlossenes System betrachtet werden und die Probleme sind häufig verknüpft.

Frühwarn- und Schnellreaktionssysteme verlassen sich auf Leute und ihre Beziehungen zum Staat. Kein einzelnes Individuum und keine

einzelne Institution allein kann die benötigten Frühwarn- und Schnellreaktionssysteme aufbauen, die nötig sind, um die Eskalation von Konflikten zu verhindern. Diese Systeme verlangen einen konzentrierten Einsatz von staatlichen und nichtstaatlichen Kräften mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Spezialisierungen auf unterschiedlichen Levels und in unterschiedlichen Sektoren. Für eine langanhaltende Konflikttransformation müssen staatliche und nichtstaatliche Akteure eng zusammenarbeiten.

### Weiterentwicklung

In der Vergangenheit lag der Fokus auf Frühwarnsystemen in frühen Phasen eines Konflikts. Dabei konzentrierte man sich auf Sicherheitsfragen und die Entwicklung von Einsätzen in Viehdisputen. Jedoch wurde im Laufe der Zeit deutlich, dass Konflikte komplexe und miteinander verbundene Hintergründe haben. Daraufhin wurde das Konzept auf die Prävention von Konflikten umgestellt. Man versuchte, effektive lokale, nationale und regionale Friedensstrukturen zu entwickeln und dafür politische, ökonomische und soziale Mittel anzuwenden. In Kenia hat sich zum Beispiel ein nationales Organ, das Nationale Steuerungskomitee (NSC) mit den Viehdisputen zwischen 2002 und 2007 beschäftigt. Die Krise 2008 hat dabei geholfen, das Mandat des NSC auf die ganze Nation auszuweiten. Die Bereiche, in denen nun Frühwarn- und Schnellreaktionssysteme im Einsatz sind, wurden erweitert und enthalten nun folgende Sektoren:

1. Sicherheit: Verbrechen und Konflikt



## 2. Politik: Wahlen und Konflikt

## 3. Umwelt: Entwicklung und Konflikt

## 4. Soziokulturell: Identität und Konflikt

## 5. Rechtlich: Gesetzgebung und Konflikt

Die Ansätze für eine Konflikttransformation wurden mit den Lektionen aus den letzten zwanzig Jahren verbessert. Dabei handelt es sich um drei Bereiche:

**1. „Notfall/Feuerwehr/Blitzeinsatz“.** Interventionen sind hauptsächlich darauf ausgelegt, gewalttätige Konflikte und damit Zerstörung und Tod zu unterbinden und wenn möglich im Ansatz zu stoppen. Wichtige Ansätze sind:

- - Eine sichtbare Polizeiarbeit einführen, um die Gemeinde am Ausweiten der Gewalt zu hindern
- - Humanitäre Unterstützung, d.h. die Bereitstellung von Gütern zur Befriedigung von Grundbedürfnissen wie z.B. Wasser, Nahrung, Unterkunft und Medizin.
- - Untersuchungen zur Konfliktanalyse, Verständnis für die Konfliktursache sowie die Förderung eines Dialogs
- - Mediation zur Unterstützung von Verhandlungen über bestehende Probleme
- - Solidaritätsbesuche in Gemeinden, die von Gewalt betroffen sind.
- - Unterstützung bei der Beerdigung von Toten und der Suche nach verlorenen und vermissten Personen
- - Trauerhilfe sowohl individuell als auch gruppenweise. Gemeindebetreuung.
- - Traumahilfe und Heilung

**2. Entwicklung und Transformation.** Sie behandeln die Wurzeln des Konflikts und transformieren diesen zur Friedensstiftung. Dies verlangt häufig soziale Veränderung. Ver-

ständlichkeit ist wichtig, wenn die strukturellen Gründe angegangen werden, die eine Kombination von verschiedenen Ansätzen verlangt. Dies setzt die Überwindung der Differenzen zwischen den verschiedenen Sektoren voraus, welche sich als künstlich und kontraproduktiv herausgestellt haben.

**3. Behördliche Schritte.** Sie werden benötigt, um Gesetze zu haben, die die Akteure in einer bestimmten Region oder in bestimmten Sektoren beeinflussen. Des Weiteren werden so nationale und regionale Konflikte sowie sich entwickelnde soziale Strukturen angesprochen.

### **Einsatzfelder für Friedensarbeit und Konflikttransformation**

Einige der Erfahrungen aus der praktischen Arbeit auf Gemeindelevel sind genauso relevant für die Praktiken auf der nationalen Ebene. Sie sind in folgenden Sektoren wichtig.

### **Sicherheit: Verbrechen und Konflikt**

Die öffentliche Sicherheit war bis jetzt charakterisiert durch niedrige Kapazitäten, Ineffektivität und schlechte Beziehungen zwischen der Polizei und den Gemeinden. Spannungen zwischen Regierungsbehörden (Polizei, Militär und Grenzpatrouillen) und Gemeinden tragen zu Instabilität bei und ein schlechter Zugang zu Gerechtigkeit trägt zu Konflikten bei. In einigen Fällen trägt eine direkte Beteiligung von Sicherheitskräften zur Eskalation der Situation bei.

Nötig ist ein fundamentaler Wandlungsprozess, denn die staatlichen Sicherheitseinrichtungen brauchen die Fähigkeiten und das Vertrauen der Bevölkerung, um für öffentliche Sicherheit zu sorgen. Der Mangel an Kompetenz führt dazu, dass



andere Gruppen die Sicherheitsarbeit übernehmen. Nötig ist, durch Konfliktanalyse den Zusammenhang von Verbrechen und Konflikt herauszufinden, um so Untersuchungen von Trends in Verbrechen in der Gesellschaft anhand von Informationen aus verschiedenen Quellen anstellen zu können. Der Informationspools muss erweitert werden, etwa mit medizinischen Daten aus den Krankenhäusern über die Art von Verletzungen, um daraus Schlüsse auf den Waffengebrauch und auf kriminelle Trends und Mustern ziehen zu können. Diese sind besonders wichtig für Frühwarnsysteme in den Anfangsphasen von Konflikten. Es ist wichtig, diese Daten öffentlich zu machen, um eine Beziehung mit der Bevölkerung aufzubauen.

### **Umwelt: Entwicklung und Konflikt**

In dieser, sich noch in der Entwicklung befindlichen Form der Reaktion werden die tieferliegenden Gründe für Konflikte angesprochen, so zum Beispiel Ressourcenknappheit in Dingen wie Wasser und Weideland, aber auch wahrgenommene Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Gütern und Eigentum, sowie der Mangel an Grundversorgung. Diese Probleme werden mittel- und langfristig angesprochen.

Der Staat und die Gemeinden werden dazu aufgefordert und darin unterstützt, Grundbedürfnisse durch regulative und transformative Programme zu erfüllen. Wenn die Unterstützungsagenda den unter-

schiedlichen Gruppen dabei hilft, miteinander zu interagieren und gemeinsam in verschiedenen Gemeindeeinrichtungen und Gruppen für soziale und politische Beteiligung zusammenzuarbeiten, wird dadurch das Risiko einer gewaltsamen Konfliktlösung stark reduziert - und das Projekt wird dadurch zu einer Präventivmaßnahme.

### **Viehmarkt-Mediatoren**

In den pastoralen Systemen spielt der Viehmarkt eine zentrale Rolle sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für den Ausbau von Beziehungen. Dieses Netzwerk von Mediatoren arbeitet konstant daran, Handelskonflikte zu transformieren, und beteiligt sich so an einer langfristigen Konfliktprävention.

### **Politik: Wahlen und Konflikt**

Wahlen sind ein natürlicher Ausgangspunkt für Konflikte. Der Wettkampf im politischen Raum hat Auswirkungen auf sämtliche Sektoren. Es ist notwendig, dass die Öffentlichkeit Vertrauen gegenüber dem politischen Prozess hat und dass die Institutionen fair und unparteiisch sind. Während der letzten Wahlperiode wurde ein derartiger Konflikt nur im Jahr der Wahl festgestellt. Jedoch ist dies nun ein alltägliches Bild. Die Zeiträume vor, während und nach einer Wahl haben das Potential, Konflikte in weitem Ausmaß zu generieren und müssen daher für ein Frühwarnsystem genauestens beobachtet werden.

Die Muster von wahlbezogenen Konflikten und die Verbindungen mit anderen Sektoren sind ebenso Schlüssel zur Erforschung von Konflikten sozialer und ressourcenbezogener Art.

Die frühen Warnsignale sind unter anderem ein Anstieg in politischer Agitation, angezweifelte Wahlen und umstrittene Wahlgrenzen. Ebenso kann die Verteilung von natürlichen Ressourcen wie Wasser zum Konflikt führen.

Sowohl auf dem Gemeindelevel als auch auf dem nationalen Level sind die Regierungsinstitutionen nicht dazu ausgelegt, politische Konflikte zu regulieren oder zu transformieren. Deswegen ist die Fähigkeit und der Wille zu einer Reaktion bei starken Anzeichen von Konfliktbildung gering.

Ansatzpunkte für Schnellreaktionssysteme finden sich in lokalen und nationalen Strukturen, die sich mit politischen Konflikten auseinandersetzen. Einige der Strategien für die Entwicklung eines parteiübergreifenden friedvollen Wahlprozesses sind: Training von Wahlprozessen, Ausbildung von Mediatoren (lokal und national), Entwicklung und Umsetzung eines Verhaltenskodex und Solidaritätsbildung für regionale und internationale Mechanismen.

### **Durch Erfahrung gelernt**

- Leistungsfähigkeit versammeln, nicht nur gesetzlich und logistisch, sondern auch moralisch.
- Fähigkeit, außerhalb nationaler Grenzen zu arbeiten: Auseinandersetzung mit bewaffneten Gruppen, Kriegsgewinnlern und Kriegsunternehmern.
- Langzeit-Ansatz: Da sich eine Kultur der Gewalt festgesetzt hat, müssen Schritte unternommen werden, um eine Kultur des Friedens zu schaffen, und dies ist notwendigerweise

ein längerfristiger Plan. Es braucht Zeit, einen anhaltenden Einfluss zu gewinnen. Und sämtliche Versuche, diesen Prozess zu beschleunigen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach schwerwiegende negative Konsequenzen für die Qualität der Ergebnisse haben. Frieden ist nicht nur ein Endziel, sondern auch ein Prozess mit vielen Schritten und ein stabiler Frieden hat viele Facetten.

•Friedenspolitik, die ganzheitlich und integrativ ist: Ein Regelgrundsatz für Frieden! Dieser bedeutet eine Verbindung der Ebenen, eine Verbindung der Initiativen und eine integrierende Behandlung der Probleme und Aspekte. Die Wurzeln der Konflikte müssen diese Aktionen bestimmen, das bedeutet, dass strukturelle und systemische Gründe genauso wichtig sind wie Einstellungen und Verhaltensweisen. Vielfältigkeit muss angepriesen und Gewalt als System muss abgelehnt werden.

•Fokus auf den Leuten: Wertschätzung von einzigartigen Beiträgen von einzigartigen Individuen. Involvierung aller Leute, die betroffen sind, und Reaktion auf die genannten Bedürfnisse. Dem Volk eine Stimme geben. Jeder hat eine Rolle beim Friedenstiften.

Ein Beispiel:

### **Verhinderung potentieller Entführungen**

In Elwak, einem Dorf in Kenia, entführten bewaffnete somalische Truppen zwei italienische Nonnen, die für die katholische Kirche arbeiteten. Nachdem der Gruppe dies gelungen war, plante sie dasselbe in Wajir durchzuführen, der Heimat einer weiteren italienischen Nonne, Schwester Fornasero. Schwe-



ster Fornasero lebt seit 50 Jahren in Wajir und ist Teil der dortigen Gemeinde. Sie hat weder bewaffnete noch sonstige Sicherheitskräfte und ihre Wohnung wird von einer alten Dame betreut. In der Nacht kam die extremistische Gruppe in der Vorstellung, dass es sich um leichte Beute handeln würde. Nachbarn kommunizierten miteinander über das Telefon und innerhalb von Minuten waren die Kidnapper umzingelt und die Polizei informiert. Die Kidnapper flohen aus Angst vor dem Mob, nachdem sie einige Schüsse in die Luft abgegeben hatten.

Der Vorfall führte zu einer massiven Zurschaustellung von Mitgefühl gegenüber der katholischen Schwester sowohl in der Gemeinde, als auch in der Politik. Die Gemeinde fuhr selbstständig mit Untersuchungen fort und übergab die Fahrzeuge der Extremistengruppe der Polizei.

•Kohärenz: Jede Initiative und jede Interaktion zwischen allen involvierten Parteien reflektiert deren Werte, Ansätze und Praktiken und dient der Förderung des Friedensprozesses. Die Entwicklung und der Erhalt von zwischenmenschlichen Beziehungen ist es, was auf allen Levels und in allen Sektoren der Gesellschaft Frieden fördert.

•Das Unmögliche möglich machen: Die Idee einer Friedensuniversität scheint unrealistisch und sowohl Frieden als auch Universität können als exklusiv, für einige als unerreichbar betrachtet werden. Indem man sie inklusive gestaltet, wird das Unmögliche möglich gemacht und

Männer und Frauen, jung und alt, alle werden beteiligt.

•Offenheit: Bestärkung des Konzeptes der Offenheit durch die Rückkehr zu seiner Originalform. Die Abschaffung von strikten Definitionen. Beispiel: Lernen unter einem Baum, ein Gespräch unter einem Baum führen.

•Am allerwichtigsten: Das Teilen von Wissen, das Teilen von Fähigkeiten als Wege zu einem lang anhaltenden Frieden, der generationsübergreifend wirken kann.

•Partnerstädte für den Frieden: 2008 hat ein Lern- und Austauschprozess zwischen Wajir und Naivasha, welche Partnerstädte sind, stattgefunden. Die Gemeindegruppen haben eine Initiative gegründet, um von einander zu lernen und Solidarität im Land zu schaffen.

•Dialog: Nicht alle Kulturen teilen die gleichen Konzepte von Dialog und rhetorischen Fähigkeiten. Probleme werden zusammen im Dialog gelöst und nicht in einer Debatte, die gewonnen oder verloren werden kann. Das richtige Verständnis von Dialog und Konversation, von transformativem Gespräch und Zuhören ist von essentieller Wichtigkeit für den Friedensprozess.

•Gegenseitige Abhängigkeit: Unser Kontext beeinflusst uns und hat unsere Art zu denken geformt. Anstatt



um die wenigen knappen Ressourcen zu kämpfen, was von vielen Leuten als Ursache für Konflikt in ähnlichen Umgebungen angesehen wird, haben uns diese Umweltbedingungen beigebracht zusammen zu arbeiten, um unser Überleben zu sichern.

•Sich selbst unter Kontrolle haben: Auf Probleme mit einem klaren Kopf reagieren und sich die Zeit nehmen, sich um seine eigenen Probleme zu kümmern. Sich selbst kennen und die Fähigkeiten und das Wissen haben, sich selbst zu finden.

•Fürsorge für sich selbst und die Gemeinschaft: - Kreativität und Religion, Spiritualität, Meditation, somalische Poesie...

### Fazit

Staat und Gesellschaft haben beide wichtige Rollen und Beiträge zu leisten und beide sind auf ihre Weise limitiert. Deswegen ist eine gute Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt hin zur Schaffung eines langanhaltenden Friedens und zur Transformation einer Konfliktgesellschaft.



Christian Felber

Österreich

# Frieden stiftende Aspekte der Gemeinwohloökonomie

Vielen herzlichen Dank! Ich bin sehr geehrt, dass ich einige Gedanken zur Diskussion stellen darf, wie die Wirtschaftsordnung, das gesamte Wirtschaftssystem zu einem Friedensfaktoren werden kann.

## Wirtschaftssystem und Frieden

Ich gehe von der Frage aus, ob die derzeitige Wirtschaftsordnung einen Beitrag zum Frieden leistet, uns alle zu friedlichem Verhalten erzieht, oder ob die derzeitige Wirtschaftsordnung vielleicht nicht umgekehrt eine Vorbereitungsarbeit für die strukturelle Kriegsführung leistet.

Und ich fürchte, dass genau das der Fall ist. Ein aufmerksamer Zeitungsleser bekommt täglich Nachrichten von einer feindlichen Übernahme, von einer Markteroberung, von randvollen Kriegskassen, vom Handelskrieg sogar innerhalb der Europäischen Union, siehe Deutschland gegen Griechenland - vom Währungskrieg. Das vermeintliche Friedensprojekt Europa schürt also in seiner Außenwirkung strukturell Kriegsursachen, und zwar durch die Implementierung eines Konkurrenzwirtschaftsmodells auf der gesamten Erde, über die Außenhandelspolitik, über die Außenwirtschaftspolitik, über die Welthandelsorganisation, über die Investitionsverträge - weil sie den Konkurrenzgedanken, das ich gegen dich über die ganze Welt verbreitet.

John Maynard Keynes hat 1944, nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und dem, zumindest als indirekte Folge der Wirtschaftskrise dann darauffolgenden zweiten Weltkrieg, vorgeschlagen, anstelle



einer Weltleitwährung, die gleichzeitig eine Landeswährung ist, nämlich der US-Dollar, eine neutrale weltweite Verrechnungseinheit für den internationalen Handel ins Leben zu rufen. Dann hätte es den US-Dollar als Weltleitwährung nicht gegeben, gäbe es heute nicht. Zum aktuellen Handelskrieg zwischen Deutschland und Griechenland: Dann wäre nämlich Deutschland für seinen extremen Leistungsbilanzüberschuss, der fast genau so hoch ist wie das Leistungsbilanzdefizits Griechenlands, genauso empfindlich bestraft worden. Für sein Guthabenkonto auf dem internationalen Handelskonto wären die Guthaben genauso stark negativ verzinst worden wie die Defizite.

Und das ganz Tolle an diesem Vorschlag ist die Begründung von John Maynard Keynes, ich habe sie mir neulich extra noch mal heraus

gesucht: Nämlich nicht ökonomisch primär, sondern ganz pathetisch schreibt er im Schlussabsatz, dass er diesen Vorschlag als eine friedenspolitische Maßnahmen sieht.

Ja, das wäre ein kleiner Beitrag zur Befriedung der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Europäischen Union. Da kann natürlich ein suprastaatliches Konstrukt, das vornehmlich ein Wirtschaftskonstrukt ist, nach außen nicht friedlich wirken, wenn Wirtschaft so verstanden wird, dass, wie der Vorredner Wolfgang Dietrich gesagt hat, Waren und Kapital frei zirkulieren dürfen und es sogar verboten ist, die freie Zirkulation von Waren und Kapital einzuschränken, während hingegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Menschen ganz selbstverständlich ist. Das kann keinen Frieden schaffen, das bereitet die Ursachen für Konflikt, Gewalt und Krieg.

Ich darf aber hier ein Wirtschaftsmodell vorstellen, das vielleicht das Gegenteil bewirken kann. Die freudige Nachricht ist, dass die Sehnsucht nach einer alternativen Wirtschaftsordnung nicht nur mehrheitsfähig, sondern fast schon Konsens geworden ist. Einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung - ich misstraue ihr zwar, aber trotzdem - brachte zutage, dass 88% der Menschen in Deutschland und sogar 90% der Menschen in Österreich für, wörtlich, eine neue Wirtschaftsordnung sind. Sie wünschen eine neue Wirtschaftsordnung. Weder die eine große historische Erzählung noch die andere große historische Erzählung sind wirklich etwas Neues. Und die Gemeinwohlökonomie ist der Versuch, so etwas wirklich Drittes anzubieten, was sich emanzipiert von den beiden bisherigen großen Erzählungen. Die Gemeinwohlökonomie ist nicht nur ein theoretisches Modell. Vielmehr habe ich sie in den letzten zwei Jahren mit einem wachsenden Kreis von real existierenden Unternehmen ausgearbeitet und sie verbreitet sich derzeit schon international. Ein kleines Indiz ist, dass sie am 6. April bereits auf Französisch erscheint unter dem unendlich ehrenvollen Titel: „Leconomie citoyenne“. Sie kennen ja wohl das Ziel von *a t t a c*, da stecken die *citoyen* und die *citoyenne* drinnen. Ja und es ist natürlich eine unglaubliche Ehre, die „Leconomie citoyenne“ aus Österreich nach Frankreich zu exportieren. Das ist fast ein bisschen eine historische Wiedergutmachung dafür, dass wir die kostenlosen Trittbrettfahrer der Französischen Revolution und des Gewinns der Demokratie sind.

### **Grundwerte für gelingende Interaktion**

Aber nun zum Modell: Was erzählt das Modell, auf welcher Grundannahme baut es auf? Das Modell sagt ganz, ganz einfach: Die gleichen Grundwerte, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen, die sollen auch zu den Leitprinzipien des Wirtschaftens werden - zu den rechtlichen, nicht zu den moralischen. Heute ist es nicht

so, heute sind die fundamentalen Systemweichen, die Systemkoordinaten, die das Handeln der Wirtschaftsakteure leiten, Gewinnstreben und Konkurrenz. Gewinnstreben als das höchste Ziel auf dem sogenannten freien Markt und Konkurrenz als die vorherrschende Umgangsform. Meine Ausgangsthese ist, dass diese fundamentalen Systemkoordinaten die genau gegenteiligen Verhaltensweisen und Werte hervorrufen und sogar systemisch belohnen, als diejenigen Verhaltensweisen und Werte, die unsere alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen.

Wenn ich Sie fragen darf, ganz einfach, welche Werte lassen Ihrer Meinung nach unsere alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen?

*(Gibt Antworten aus dem Publikum wieder)*

Solidarität, Kooperation, Toleranz, Fairness, Vertrauensbildung, Rücksichtnahme, Freundschaft, Barmherzigkeit, Gott, Liebe, Respekt, eine ganze Fülle, Gemeinschaft.

War irgendein Wert dabei, mit dem irgendjemand im Saal nicht einverstanden ist? Es waren schon 12. Das ist sehr wichtig, es hat niemand aufgeschrien, bei keinem Wert hat auch nur eine Person aufgeschrien. Das ist ein ganz wichtiges Zwischenergebnis, weil es in einer Wertediskussion ganz schnell heißt: Die brauchen wir gar nicht führen, wir leben in einer werteppluralen Gesellschaft, da hat jeder Mensch andere, individuelle Werte. Und hier, bei den Beziehungen, ist dies aber nicht so. Beziehungswerte sind universal, was nichts anderes bedeutet, als dass Menschen - auf der ganzen Welt sogar - wissen, wann Beziehungen gelingen.

Und gelingende Beziehungen zählen zu den höchsten kulturellen, sozialen Gütern, die wir kennen. Nach heutigem Stand der Wissenschaft gibt es nichts, was Menschen glücklicher macht als gelingende Beziehungen und nichts, was Menschen stärker motiviert, als gelingende

Beziehungen.

Und deshalb ist die Grundannahme der Gemeinwohlökonomie, dass das Gelingen lassen von zwischenmenschlichen Beziehungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens politisch gefördert werden sollte. Auch in der Wirtschaft.

### **Widersprüchliche Leitsterne**

Gegenfrage: Gewinnstreben und Konkurrenz befördern am ehesten noch tendenziell welche Verhaltensweisen und Wertvorstellungen?

*(Gibt Antworten aus dem Publikum wieder)*

Egoismus, Gier, Tempo, Eigennutz, Lügen, Neid, Gier, Habsucht, Spionage, Aggression, Gier haben wir schon, 10 Todsünden gibts, Burnout, ja.

Es ist schon sehr amüsant, so eine Hitparade der größten menschlichen Laster in wenigen Sekunden aufzuzählen. Da kam kein einziger positiver Wert. Kein einziger positiver Wert wird angereizt durch die derzeitigen Systemkoordinaten des Wirtschaftens. Das ist doch ein unglaublich starker Widerspruch innerhalb unserer Gesellschaft. Dass wir auf der einen Seite wissen, wann Beziehungen gelingen - und wir sind uns vollkommen einig, dass wir das wollen, alle Menschen sind dafür, dass wir das Gelingen lassen von Beziehungen fördern. Auf der anderen Seite leisten wir uns Spielregeln in der Wirtschaft, die das ganz genaue Gegenteil bewirken. Das muss man noch einmal betonen, wie fundamental dieser Widerspruch ist. Denn die Werte, die sind nicht irgendetwas in der menschlichen Kultur, sie sind wie Leitsterne und wir haben einen gemeinsamen Leitstern, der aus universalen Werten besteht: Vertrauensbildung. Sie haben es selbst gesagt, Kooperation, Solidarität, Wertschätzung, Respekt, Großzügigkeit, Teilen. Und in einem einzigen Lebensbereich gibt es plötzlich einen zweiten Leitstern, der aus der genau entgegengesetzten Richtung erstrahlt: in der Wirtschaft. Gier,

Rücksichtslosigkeit, Egoismus ist plötzlich gut, Betrug, all das. Frage: Warum kann das so sein?

Die Antwort ist nicht, die Menschennatur ist so, sondern der Gesetzgeber setzt in der Wirtschaft diesen falschen Leitstern, den ja als Leitstern niemand will. Niemand ist dafür, dass wir gieriges, egoistisches, geiziges, neidisches, rücksichtsloses Verhalten belohnen. Niemand will das. Aber der Gesetzgeber setzt diesen Leitstern ins Recht. Er gibt ihm recht. Das ist die Katastrophe. Das ist auf den ersten Blick nicht sofort erkennbar, denn in den Gesetzen steht ja nicht drinnen: Du sollst egoistisch sein! Du sollst gierig sein! Du sollst geizig sein! Das steht in keinem einzigen Gesetz drinnen. Deshalb ist dies nicht so auf den ersten Blick erkennbar. Aber in ganz vielen Gesetzen steckt das drinnen:

Gewinnstreben und Konkurrenz das steckt in Hunderten von Gesetzen. Dazu zwingen uns die Gesetze mitunter sogar. Und die Konsequenz ist, dass sich ganz, ganz viele Menschen eben gierig, rücksichtslos, verantwortungslos und maßlos egoistisch verhalten. Nicht weil uns die Menschennatur dazu zwingt, die Menschennatur erlaubt uns alles Mögliche, aber wenn wir systemisch dafür belohnt werden, dass wir uns so verhalten, dann werden es auch ganz viele Menschen so tun. Man kann sich fragen: warum?

*(Zuruf aus dem Publikum: Stellen Sie mal diese Fragen bei der Sicherheitskonferenz!)*

Ja, dies sind dann die logischen Kon-

sequenz der Wirtschaftskonferenz. Also die Fragen könnte man, sollte man überall stellen, man sollte sie auch auf den Bildungskonferenzen stellen. Ja, das wäre schon ein Arbeitsauftrag.

### Hintergründe des kulturellen Widerspruchs

Es ist leider Gottes zum Teil alles noch in unseren eigenen Herzen vereint. Der aller erste Schritt wäre, einmal zu überprüfen, wie sehr wir es selbst z.B. mit der Konkurrenz haben. Ich möchte nur einen kurzen historischen Rückblick machen, warum wir das tun. Warum leisten wir uns diesen furchtbaren kulturellen Widerspruch, dass wir einen Leitstern haben, den niemand will, mit dem Rechtsrahmen für die Wirtschaft versehen? Einer der wichtigsten Gründe ist die Rede der Wirtschaftstheoretiker seit 250 Jahren, dass dies gut sei. Egoismus sei etwas Positives, und der Markt, der sei ein so wunderbarer Mechanismus, der die Egoisten der einzelnen Menschen am Ende des Abends zum größtmöglichen Gemeinwohl fügt.

Aber angereizt wird dabei tatsächlich, dass wir uns alle grundsätzlich egoistisch verhalten und uns dafür nicht schämen, weil das als normal und natürlich auch als legal angesehen wird. Aber mit dieser Haltung, dass wir unser eigenes Interesse, unseren eigenen Nutzen, über das Interesse der anderen Menschen stellen, kommt es auf dem freien Markt zu einem beständigen Versuch, einander zu übervorteilen. Und immer, wenn sich Menschen auf dem

freien Markt übervorteilen - und das können sie immer in dem Moment, wo sie ein bisschen mächtiger sind als die jeweils andere Person, der sie auf dem Markt begegnen - dann verletzen sie bereits die Würde der jeweils andere Person.

Und genau dazu werden wir erzogen. Wenn uns die ökonomischen Theoretiker nichts sagen vom Wohlwollen, von mir aus von der Nächstenliebe, von der Haltung der Menschenwürde. Menschenwürde heißt, dass alle Menschen einen gleichen Wert haben, Würde heißt Wert. Und das Prinzip der Menschenwürde besagt, dass wir alle gleich wertvoll sind. Das kommt nur zum Ausdruck, wenn wir alle überall im zwischenmenschlichen Zusammenleben die Haltung bewahren, dass die andere Person gleich wertvoll ist wie wir selbst, und d.h., dass wir ihre Bedürfnisse und Gefühle und Ansichten genau so ernst nehmen müssen wie unsere eigenen Bedürfnisse und Gefühle und Ansichten. Und beim Tauschvorgang am Markt wird nur dann die Würde aller Beteiligten gewahrt, wenn sich die Menschen genau mit dieser Einstellung, mit dieser Haltung begegnen.

Wenn wir uns aber mit der Einstellung begegnen: Hauptsache, ich setze meinen Vorteil durch, dann verliert die Menschenwürde strukturell und dann lernen wir, es als normal zu betrachten, dass wir unsere Interessen gegen die Interessen und gegen die Bedürfnisse anderer Menschen durchsetzen. Das aber ist der Keim des Krieges - über den Mechanismus des strukturellen Vorteils-



strebens und der Konkurrenz. Die Konkurrenz ist, leider Gottes, genau der Entschuldigungsmechanismus, der uns oder viele von uns - immer noch an dieser Marktwirtschaft festhalten lässt. Wir sagen: Der Kapitalismus ist schlecht, vielleicht, aber ist die Marktwirtschaft gut.

Aber die Marktwirtschaft, die auf Gewinnstreben und Konkurrenz aufbaut, die führt zum strukturellen wechselseitigen Übervorteilungsstreben, zur systemischen Verletzung der Menschenwürde und damit auch zur systemischen Zerstörung der Freiheit. Denn wenn die Menschen jederzeit fürchten müssen, dass ihre Würde verletzt wird, dann sind diese Menschen in diesem Gemeinwesen nicht frei, sondern beständig in Gefahr und in Angst - was auch messbar ist.

Deshalb kann man eine Marktwirtschaft, die auf Gewinnstreben, Konkurrenz und wechselseitiger Übervorteilung beruht, nicht als freie Marktwirtschaft bezeichnen, sondern die muss man umbenennen in eine rücksichtslose, unmenschliche und systemisch die Freiheit und die Würde zerstörende Marktwirtschaft, sogar eine illiberale Marktwirtschaft. Wir leisten uns eine Wirtschaftsordnung, in der wir ermutigt werden, unsere schlimmsten Laster auszuüben. Die Entschuldigung dafür ist, dass diese jetzige Ordnung der Marktwirtschaft doch effizienter sei als jede andere Wirtschaftsordnung, produktiver als jede andere Wirtschaftsordnung - und der Mechanismus, der dafür sorgt, das ist die Konkurrenz. Das ist der Wettbewerb.

### **Umpolung des Anreizrahmens**

Das wird bis heute an allen Wirtschaftsuniversitäten der Welt erzählt, seitdem der berühmte Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek das in die Welt gesetzt hat. Wenn ein Nobelpreisträger so etwas sagt, dann hat das eine mächtige Autorität und es wird überall verkündet und die Studierenden an den Universitäten der Welt glauben es. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Studie herauszufinden,

anhand derer der Friedrich Hayek das empirisch bewiesen und hergeleitet hat, aber die Studie suche ich heute noch.

Es ist eine pure Behauptung, die nie bewiesen wurde, weder von Hayek noch von irgendeinem anderen Ökonomen. Es wird verkündet und es wird geglaubt. Zur Fragestellung selbst, was motiviert Menschen am stärksten, welche Methode lässt Menschen am meisten leisten, gibt es allerdings 500 Studien in den letzten 120 Jahren, in einer ganzen Fülle von wissenschaftlichen Disziplinen, abseits der Volkswirtschaftslehre.

87% dieser Studien aus der Sozialpsychologie, der Neurobiologie, der Spieltheorie und anderen Disziplinen kommen zu dem Ergebnis, dass Konkurrenz nicht die effektivste Methode ist, die wir kennen. 87%, eine so hohe Signifikanz, ist sehr selten in der Wissenschaft. Das heißt, Konkurrenz ist nicht die Methode, die Menschen am stärksten motiviert, sondern Kooperation. Das ist der Stand der Wissenschaft, der von den Ökonomen beharrlich ignoriert wird. Beide motivieren uns, Kooperation und Konkurrenz, aber die Kooperation stärker, weil sie uns anders motiviert. Nämlich über das Gelingen von Beziehungen. Und gelingende Beziehung ist das, was Menschen am stärksten motiviert, durch Wertschätzung, Anerkennung, gemeinsame Zielsetzung, gemeinsame Ziele erreichen. Das ist mittlerweile auch naturwissenschaftlich erwiesen und nicht nur sozialwissenschaftlich. Bei der Konkurrenz gibts eine lustige Gemengelage an Kommunikationsfaktoren, aber der stärkste Motivationsfaktor in der Konkurrenz ist die Angst.

Damit haben wir ein sehr, sehr grausames, makabereres Ergebnis, dass wir die Wirtschaft auf einer wenig effizienten Methode aufbauen und noch dazu auf einer Methode, die die negativeren Gefühle auslöst. Je schärfer die Konkurrenz wird, desto mehr Angst haben die Menschen - wie im Krieg - und desto ausgeprägter sind die Symptome der

Angst wie Stress, Burn-out, Mobbing, Psychopharmaka, Verlust von Vertrauen in der Gesellschaft. Das alles ist messbar und wird gemessen. In den letzten 20, 30 Jahren nimmt das Vertrauen rapide ab. Das allerhöchste Kulturgut ist das Vertrauen in der Gesellschaft - und die Angst nimmt genau gegengleich zu. Drum würde ich ergänzen, wenn wir Nein zum Krieg sagen, müssen wir als erstes Nein zur Konkurrenz sagen.

Wenn wir intellektuell redlich sein und den aktuellen Stand der Wissenschaft zur Kenntnis nehmen wollen, dann müssten wir eine Marktwirtschaft - und die Gemeinwohlökonomie ist noch eine Marktwirtschaft - auf der systemischen Kooperation aufbauen. Genau das ist die Koordinatenübung der Gemeinwohlökonomie. Das ändert an der Menschennatur nichts, die Menschen können auch in der Gemeinwohlökonomie egoistisch, gierig, geizig sein. Der Unterschied: sie werden nicht mehr dafür belohnt, weil sie von den Systemkoordinaten nicht mehr dazu erzogen und getrieben, wenn nicht gezwungen werden. Denn die Systemkoordinaten wechseln von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation.

### **Umpolung des Anreizrahmens**

Private Unternehmen werden in dieses Spiel eingeordnet und folgen nunmehr diesen Spielregeln. Das führt sie tendenziell in diese Richtung. Was ist zu tun?

Das erste, was zu tun ist, ist die Bedeutung von wirtschaftlichem Erfolg neu zu definieren: Weg vom Geld, weg von den monetären Messparametern. Das gilt für die gesamtwirtschaftliche Makroebene, den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand, die Lebensqualität, was wir nicht mehr in BIP - das ist ein Geldparameter - messen, sondern an allem, was uns wirklich wichtig ist: Beziehungsqualität, Lebensqualität, Umweltqualität, Verteilungsgerechtigkeit, Mitbestimmung, Geschlechterverhältnis, Lebenserwartung, Gesundheit, subjektives Wohlbefinden

- das kann man alles messen - und die Summe dieser messbaren Indikatoren sollten das gesamtgesellschaftliche Wohlstandsprodukt abbilden.

Geld macht das ganz, ganz falsch, denn Geld misst nur Tauschwerte und keine Nutzwerte. Krieg – hat Krieg einen Nutzwert? Hat Krieg einen Tauschwert? Krieg hat einen sehr hohen Tauschwert - Krieg steigert das Bruttoinlandsprodukt. Ein Autounfall hat keinen Nutzwert, aber einen sehr hohen Tauschwert. Das Auto muss repariert werden, die Personen kommen ins Krankenhaus, die medizinischen Behandlungen kosten was, das BIP steigt.

Hier ist es uns klar, dass es keinen Sinn hat, Wohlstand in Geldparametern zu messen. Aber auf der einzelbetrieblichen Ebene haben wir genau das Gleiche: Ein höherer Finanzgewinn eines Unternehmens kann lauter gute Dinge verursachen oder damit korrelieren, Arbeitsplätze, sinnvolle Arbeit, Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschutz, all das ist perfekt korrelierbar mit einem höheren Finanzgewinn, aber das Gegenteil genauso. Ein höherer Finanzgewinn kann um den Preis der Zerstörung, des Abbaus von Arbeitsplätzen, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der Senkung von Einkommen, der Erhöhung der systemischen Angst und Konkurrenz, der Verletzung der Menschenwürde, dem Zertreten der Menschenrechte mit den Füßen und der Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen einhergehen. Weshalb die Messung von unternehmerischem Erfolg in Finanzgewinn für die Wohlfahrt vollkommen aussagegelos ist. Voll-

kommen messunscharf. Wir sollten vielmehr unternehmerischen Erfolg ebenso direkt im Beitrag dieses Unternehmens zum allgemeinen Wohl messen, wie auf der gesamtwirtschaftlichen, makroökonomischen Ebene. Dann wären wir endlich verfassungskonform.

### Gemeinwohlbilanz

Denn der Anfang ist schon gemacht, das Fundament ist schon gelegt, aber die Operationalisierung fehlt noch. Operationalisierung heißt, Gemeinwohl definieren - gerade in der Wirtschaft - Gemeinwohl messen und Gemeinwohl belohnen. Statt Finanzgewinn. Heute wird der Finanzgewinn definiert, wir messen und belohnen ihn. Genau parallel, beides ist vollkommen künstlich konstruiert. Beides kann eine bloße menschliche Erfindung und Absprache sein. Aber dann doch lieber das Sinnvolle bestimmen, messen und belohnen als etwas völlig Abstraktes wie Finanzgewinn.

*An einer Grafik zeigt Herr Felber die ersten 15 Attac UnternehmerInnen, die mit ihm gemeinsam diese neue unternehmerische Hauptbilanz, die Gemeinwohlbilanz entwickelt haben.*

Die Gemeinwohlbilanz schneidet auf der waagerechten X-Achse die universalen Grundwerte von der Menschenwürde bis hin zur ökologischen Nachhaltigkeit, zur sozialen Gerechtigkeit und zur demokratischen Mitbestimmung mit den Stakeholdern, den Berührungsgruppen eines Unternehmens. Wir messen Verteilungsgerechtigkeit, wir messen Mitbestimmung, wir messen ökologische Nachhaltigkeit

der Produktion, wir messen die Regionalität, den Beitrag zum Gemeinwesen und die Rücksichtnahme auf die zukünftigen Generationen. Das ist heute glücklicherweise möglich.

Die Unternehmen erreichen zwischen null und 1000 Gemeinwohlpunkte und die, die die höchsten Gemeinwohlstufen erreichen, die zahlen jetzt weniger Steuern, weniger Zoll, weniger Zinsen, die kriegen Vorrang beim öffentlichen Einkauf. Der Haupteffekt, dass dabei die ethischen Produkte bevorzugt werden, die ökologischen, die fair produzierten und gehandelten Produkte, die heute teurer sind als die unethischen, unfair gehandelten, unfair produzierten und unökologischen. Das ist der schönste Beweis dafür, dass sich heute Rücksichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit lohnt. Unethisches Verhalten wird durch die geltenden Parameter systemisch. Nun aber würde endlich ethisches und verantwortungsvolles und rücksichtsvolles Verhalten auch auf dem freien Markt gefördert, dann erst ist er endlich frei, weil dann erst die wechselseitige Wahrung der Menschenwürde sichergestellt ist.

Die Finanzbilanz müssen wir noch darstellen. Den Finanzgewinn brauchen wir für einige Verwendungen. Aber er darf nicht mehr der Zweck des unternehmerischen Tuns sein, sondern nur noch ein Mittel für den neuen unternehmerischen Zweck, für die Mehrung des Gemeinwohls. Die Unternehmen switchen von Gewinnmaximierung auf Gemeinwohlmaximierung und wenn der finanzielle Gewinn dieser Zielsetzung dient, dann ist er willkommen. Und





viel mehr Menschen wohl fühlen als heute unter unserem bisherigen Leitstern. Der fördert die menschlichen Laster und entsprechend kommt auch in die höchsten und mächtigsten Wirtschaftsentscheidungspositionen ein überdurchschnittlich hoher Anteil an sozio-pathologischen, nicht zu Mitgefühl fähigen, narzisstischen Menschen. Das ist nicht Behauptung, das ist nicht Attac-Polemik, sondern das ist sozialmedizinische Empirie, gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung. Und wenn jemand meint, das klingt schön und gut, aber der Mensch ist wie er ist, das kann man nicht ändern,

dann darf er in Zukunft stattfinden. Das ist ein Beispiel für die sinnvolle Verwendung von Gewinn.

Bedenklich dagegen sind die Verwendungen, die das Gegenteil bewirken. Davon haben wir vier gefunden. Finanzinvestment sollte es nicht mehr geben, ebenso wenig feindliche Übernahmen und Ausschüttung an Personen, die nicht mitarbeiten. Und schließlich eine der sieben Todsünden, die Gandhi neu definiert hat: Einkommen ohne Arbeit, p.s. Parteispenden.

Die drei wichtigsten Folgen: Erstens wenn der Finanzgewinn nicht mehr das Ziel ist und ich ihn nicht mehr maximieren darf, und Konkurrenz nicht mehr die Umgangsform ist und ich nicht mehr feindlich übernehmen darf, dann sind alle Unter-

nehmen aus dem Wachstumszwang erlöst. Sie können Ihre optimale Größe anstreben. Zweitens optimale Größe heißt: Es wird viele Unternehmen geben, die kooperieren und die gemeinsam lernen. Und je stärker sie kooperieren und je mehr sie sich gegenseitig helfen, desto stärker werden sie belohnt und desto besser sind ihre Gemeinwohlbilanz-Ergebnisse. So wird aus der systemischen Kontrakkurrenz eine systemische Konkurrenz. Das lateinische Wort concurrere hat mit gegeneinander überhaupt nichts zu tun. Es heißt miteinander laufen, auf Deutsch: Kooperation. Gegeneinander laufen, ich gegen dich, das würde im Lateinischen mit der Kontrakkurrenz korrekt wiedergegeben werden. Die letzte Folge: Unter dem Leitstern der Kooperation würden sich sehr

das hat schon der Charles Darwin gesagt. Ich hab's nachgelesen, ich habe die Entstehung der Arten gelesen und da steht von all dem fast nichts drinnen.

Ich geh jetzt nicht ins Detail, weil meine Zeit um ist. Ich sage nur dies: Auch Charles Darwin stellt fest, was uns die höchste Freude auf der Erde bereitet; nicht der Sieg in der Konkurrenz und nicht die Durchsetzung unseres Egoismus, sondern das genaue Gegenteil, nämlich das Gelingen von Beziehungen. Das hat er zwar nicht wissenschaftlich bewiesen, er hat es intuitiv erfasst und benannt. Aber die heutige Naturwissenschaft hat das empirisch untermauert und belegt, was Darwin hier intuitiv vorausgesagt hat. Im Unterschied dazu ist das, was Heyek intuitiv ersponnen hat, heute empirisch widerlegt. So haben wir, glaube ich, eine sehr gute wissenschaftliche Grundlage für die Gemeinwohlökonomie und müssen sie gar nicht nur und ausschließlich moralisch und ethisch begründen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



**For further information:**

**Peace Direct  
Development House  
56-64 Leonard St  
London EC2A 4JX  
UK**

**Tel +44 (0)207 549 0285  
Fax +44 (0)207 549 0286**

# Bericht aus dem Diskussionsforum

Der Moderator Clemens Ronnefeldt begrüßt die Runde und bittet eingangs die beiden anwesenden ReferentInnen des gestrigen Abends um ihre einleitenden Statements.

**Wolfgang Dietrich** fasst die am Freitag Abend angesprochenen vier Punkte zusammen, die hier in einer Übersicht wiedergegeben sind.

## Kritik an der Bezeichnung „Friedensprojekt Europa“

Mit diesem Schlagwort wurde vor 15 Jahren für den EU-Beitritt Österreichs geworben. Als Kennzeichen dieses „Friedensprojekts Europa“ wurde die Abwesenheit von Gewalt innerhalb Europas hervorgehoben, das heißt, dass es zwischen den Nationalstaaten der EU, bzw. früher der Europäischen Gemeinschaft keine Kriege mehr gegeben habe. Dies sei zwar korrekt, gebe aber eine auf Europa verengte Sichtweise wieder, die der Referent wegen der Fokussierung auf die Nicht-Anwesenheit von Gewalt als „inneren negativen Frieden“ bezeichnet. Nehme man nämlich die Wirtschaftsbeziehungen der EU-Staaten mit anderen Ländern, vor allem sogenannten Entwicklungsländern in den Blick, lasse sich feststellen, dass dieser „innere negative Frieden“ der EU von den Menschen in diesen Staaten bezahlt werde. Die wirtschaftliche Prosperität und die soziale Ruhe innerhalb Europas werde erkaufte um den Preis von asymmetrischen Beziehungen zur näheren und fernen Umgebung. Als Beispiel verweist Herr Dietrich auf Ägypten, wo europäische wirtschaftliche Interessen über politische Manipulationen sicher gestellt wurden, wodurch die Lebensbedingungen der Menschen dort sehr nachteilig geworden seien mit der Folge von sozialen Unruhen.



## Konsistenz des liberal-idealistischen Friedensprojekts Europa

Die liberalen Wirtschaftstheoretiker fordern den freien Fluss aller Wirtschaftsfaktoren. Zu fragen sei aber: Wird das Friedensprojekt Europa diesen seinen eigenen Ansprüchen von Waren und Finanzströmen und Kapitalverlagerungen sicher zu stellen, aber die Menschen können für ihre Lebensbedürfnisse und bei ihrer Suche nach Arbeit nicht diese Freiheiten beanspruchen. Vielmehr gebe es Migrationshindernisse aller Art. Herr Dietrich folgert daraus: Wenn es Menschen nicht gestattet würde, dorthin zu gehen, wo sie sich versprechen, ihren Lebensunterhalt zu sichern oder wirtschaftlich weiter kommen zu können, dann sei das strukturelle Gewalt. Hinzu komme noch eine nationalökonomische Erzählung über den Zusammenhang zwischen Frieden und Wohlstand, die schon in sich selbst gewalttätig sei. Sie lautet: Wenn es dem Markt gut geht, dann geht es dem Staat gut, und wenn es dem Staat gut geht, geht es auch allen Menschen

gut. Dies sei ein Irrglaube, der als Herrschaftsinstrument verwendet werde.

## Europäische Sicherheitsstrategie

Die europäische Sicherheitsstrategie wurde unter dem Eindruck von 9/11 entwickelt und 2003 erstmals vorgestellt. Bei ihr gehe es im Prinzip um Terrorabwehr. Die Europäische Union habe sich mit der Möglichkeit von Out-of-Area-Einsätzen nach dem Vorbild der NATO selbst zu einer Militärmacht entwickelt und sei damit zumindest potentiell zu einem sehr gefährlichen Akteur geworden. Das Grundmuster dieser europäischen Sicherheitsstrategie sei bis heute unverändert geblieben, auch wenn sich die Sprache etwas verändert habe.

## Transrationale Wende

Der Begriff „transrational“ bedeutet, dass wir einerseits die Errungenschaften der Moderne etwa im Bereich der Technologie oder der Gesellschaftsorganisation als solche

anerkennen, zusätzlich aber auch das Relationale, das beziehungshafte Moment in der gesellschaftlichen Interaktion berücksichtigen. Das heißt, in der transrationalen Perspektive geht man von einem Menschenbild aus, in dem sich die Identität des Menschen über die Beziehung – also nicht über das Individuum der Einzelperson – versteht. Unsere Identität hängt danach davon ab, wie wir unsere Beziehungen bauen. Konflikte haben ja etwas zu tun mit Beziehungen zwischen Menschen und Menschengruppen, und dort sollten sie auch bearbeitet werden. Für den Umgang mit Konflikten ergibt sich in dieser Perspektive konsequenterweise nur die Konflikttransformation.

In dieser gibt es keine Konflikt-„Lösung“ in dem Sinn, dass die eine Partei gut und die andere böse ist und es um das Ausschalten des Bösen und den Sieg des Guten geht. Stattdessen sind die Interessen der beiden Seiten auszuhandeln.

Herr Dietrich betont, dass er mit diesen vier Feldern nicht ein Modell für Frieden in Europa vorstellen wollte, sondern vielmehr Beobachtungen darüber angestellt hat, dass es bereits Veränderungen gibt, nämlich in der Wirtschaft, in der Diplomatie, in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit und im Militär im Sinne eines neuen Verständnisses der Rolle der Soldaten unter den neuen Bedingungen in den Spannungsgebieten der Erde.

Statement von  
**Dekha Ibrahim Abdi:**

Ihr erstes Thema sind die Veränderungen in der Gesellschaft. Sie stellt fest, dass in jeder Gesellschaft alle 10 – 20 Jahre ein Wandel zu beobachten sei. In ihrem eigenen Land Kenia erlebte sie in ihren ersten 30 Lebensjahren eine sehr stark vom Militär kontrollierte Gesellschaft, in der diese militärische Sicherheitspolitik alles bestimmte. Wenn aber alle Kontrolle vom Staat ausgeht und von der Politik ausgeführt wird und die Menschen nichts selbst organisieren und aktiv gestalten können, dann ist die Bevölkerung nur passiv und leidend.

Als in Kenia in den frühen 90er Jahren die Wende eintrat von einer militärischen zu einer zivilen Regierung, von einem Einparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem, bekam die Gesellschaft die Chance, sich neu zu organisieren und ihre eigenen Vorstellungen von Sicherheit und Frieden öffentlich vorzustellen. Ein Problem sei dabei, dass ein solcher Strukturwandel eigentlich viel Zeit benötige. Aber in diesen Umbruchsituationen muss ja alles immer sehr schnell gehen. Die Institutionen hinken da immer hinterher. Polizei und Militär z.B. hätten bisher nur gewaltsame Methoden gehabt, um „Frieden“ herzustellen. Da musste die Gesellschaft erst einmal deutlich machen, dass sie das nicht mehr wolle, und sie musste selbst Alternativen organisieren.

Dabei war der Schlüssel für die Veränderung, dass jeder Einzelne für die Gesellschaft Verantwortung übernimmt. Das hätten die Menschen in Kenia immer wieder getan, auch in der Krise von 2008. Dabei ging es nicht darum, Staats- und Sicherheitsbeamte bloß zu stellen, sondern vielmehr ihnen Alternativen aufzuzeigen.

Im Januar 2008 war die Situation in Kenia vergleichbar mit der in Tunesien und Ägypten Anfang 2011. Von großer Bedeutung war es damals, sich schnell zu organisieren und ein Netzwerk zustande zu bringen und sowohl mit der Regierung als auch mit Verantwortlichen im mittleren Staatsapparat zu reden. Frau Abdi arbeitete z.B. in einer Gruppe von Frauen mit dem Gouverneur von Nairobi zusammen, indem sie diesen dazu brachten, sich die Anliegen der Menschen aller gesellschaftlichen Schichten anzuhören und mit ihnen zusammen nach Lösungen zu suchen.

Neben der Übernahme von Verantwortung ist für Frau Abdi ein weiterer wichtiger Punkt das Aufbauen von Partnerschaften. Dabei geht es darum, dass Menschen aus

ihrer Opferrolle herausgeholt werden. Fühlt sich ein Mensch als Opfer,

erscheint es ihm, dass die ganze Welt über ihm zusammen stürzt und er sich nicht dagegen wehren kann. Diese Menschen sollen mithilfe einer Kontaktperson erfahren: Ich kann wieder aufstehen und ich kann etwas tun und etwas für mich selbst erreichen. In einer solchen Partnerschaft kann das nötige Vertrauen dazu entstehen.

Weiter hebt Frau Abdi die große Bedeutung der Gespräche mit ehemaligen Soldaten, mit Polizisten und auch Verwaltungsbeamten hervor. Diese waren zum Teil seelisch schwer verletzt. Sie machten den Regierungen, unter denen sie gedient hatten, schwere Vorwürfe und hätten jetzt mit deren Militärs gar nicht sprechen wollen, weil sie zu ihnen kein Vertrauen hatten. In Frau Abdi aber sahen sie eine große Mutter, von der sie Verständnis für ihre eigene Situation erwarteten. Mit ihr wollten sie reden, von ihr erwarteten sie sich Hilfe. Hunderte solcher Männer kamen zu ihr, zum Beispiel auch solche, die in Jugoslawien oder Namibia gedient hatten oder bei sogenannten friedenserhaltenden Maßnahmen. Sie mussten stets bereit sein, benutzt zu werden, um das Land zu zerstören. Mit diesen oft mit Hass erfüllten Menschen zu reden war ganz besonders wichtig, denn es hätte nur einen Funken gebraucht, um den Friedensprozess wieder zu beenden.

An dieser Stelle spricht Frau Abdi von ihren ganz persönlichen Erlebnissen: Ich hatte nun diese sehr militarisierten Menschen vor mir und wusste, dass ich sie auf einen Weg bringen musste, der zum Frieden führt und nicht zu weiterer Gewalt. Für mich schien es jetzt nicht sinnvoll, sie mit Generälen sprechen zu lassen. Vielmehr musste ich eine Idee entwickeln, wie ich sie davon überzeugen könnte, dass der Friede der richtige Weg ist. Ich kontaktierte dann Mike Aldon, dessen Sohn auf den Straßen von Mogadischu getötet worden war und der auch schwere Vorwürfe gegen die UN machte, weil er glaubte, die sorgten sich nicht genügend um den Schutz der Soldaten. Ich brachte Mike Aldon mit

diesen Menschen zusammen. Sie waren sehr beeindruckt, dass jemand, der so eine Tragödie erlebt hat, nicht weiterhin auf Konfrontation und Hass setzte, sondern den Weg des Friedens eingeschlagen hat. Und so konnten wir sie überzeugen, dass sie zurück in ihre Dörfer gingen und dort für den Frieden eintraten. Wir haben erreicht, dass diese einstigen Soldaten wirklich hinaus gingen, sich den Friedenskomitees anschlossen und in ihrem jeweiligen Umfeld für den Frieden arbeiteten.

Mir persönlich ist aufgefallen, dass es mit diesen Militär- und Sicherheitsleuten viel einfacher ist zusammen zu arbeiten als mit Politikern. Die Einen sind Tag für Tag mitten im Geschehen von Krieg und Frieden und gestalten mit ihren eigenen Händen mit, die Anderen aber erleben Krieg und Frieden nicht selbst, dies ist für sie etwas ganz weit Entferntes.

## Diskussion

**Teilnehmerin:** Die Polizisten und Soldaten hatten offensichtlich früher gar keine Möglichkeit gekannt, als gewalttätig zu agieren. Wie und von wem haben sie jetzt gelernt, sich in Konflikten gewaltfrei zu verhalten?

**Abdi:** Nach dem Regimewechsel 2003 hat sich die Polizei natürlich nicht von heute auf morgen gewandelt. Wichtig war aber, dass die Polizisten nun mit den Gemeinden und den Mediatoren zusammenarbeiten mussten. Zu erwarten, dass sich ein so riesiger Apparat, der oft genug von der Regierung gebraucht und missbraucht wurde, so schnell

verändert, wäre eine Fehlannahme. Es gibt auch heute noch sehr unangenehme Elemente in dieser Polizei. Beschwerden sind dabei in der Regel wenig effektiv.

Wir stellten fest, dass es hilfreich war, die Polizisten daran zu erinnern, dass sie Menschen, dass sie Kenianer sind und zu uns gehören, dass sie Väter sind und Familie haben, und wir bemühten uns, sie immer wieder mit den Gemeinden und den Mediatoren zu vernetzen. Es hat auch sehr viel gebracht, das Positive heraus zu stellen, nicht das Negative. So gab es zum Beispiel in der Stadt Mandera einen Polizisten, der viel mit den Menschen gesprochen hat, der sehr verantwortungsbewusst und besonders rücksichtsvoll gearbeitet und damit auch viel erreicht hat. Ihm haben wir am Friedenstag in Kenia, am 21. September, eine Auszeichnung überreicht. Das hat einen Denkprozess angestoßen, als Kollegen fragten, warum gerade der die Auszeichnung erhalten hat, obwohl sie selbst in der Rangordnung doch viel höher standen. Den Fragenden gaben wir zu verstehen „Schaut, was der wirklich tut und was er bewirkt!“ So kann es besser sein, etwas Positives heraus zu streichen, statt immer nur Negatives zu kritisieren.

**Teilnehmerin:** Sie verweist auf den Schluss des gestrigen Vortrags von Herrn Dietrich, wo er feststellte, dass die psychologischen Voraussetzungen der Soldaten für einen Friedenseinsatz eigentlich gar nicht gegeben seien. Sie hielt es deshalb für besser, wenn der Zivile Friedensdienst gefördert und weniger Soldaten an diesen Stellen eingesetzt

würden.

**Dietrich:** Er stimmt ihr vollkommen zu. Wenn in der Konfliktarbeit die Möglichkeit eines Einsatzes von Friedensfachkräften besteht, sind diese auf jeden Fall vorzuziehen.

Ihm ging es aber darum zu zeigen, wo wir heute stehen. Und Tatsache ist, dass bei UN-Interventionen immer Militär eingesetzt wird, aus welchen Gründen auch immer. Das wird politisch so entschieden.

Die Frage ist aber, ob die herkömmlich ausgebildeten Soldaten für „Friedenseinsätze“ geeignet sind. Für sie gilt nämlich das Gleiche, was wir gerade von den Polizisten gehört haben. Auch sie sind Menschen mit Gefühlen und sie haben selber Angst. Die übliche nationale Soldatenausbildung läuft nach dem Schema: Wir verteidigen das Land vor dem Feind. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Feind in unser Land kommt und unsere Frauen vergewaltigt etc. etc.. Wenn das die psychologischen Grundlagen der Soldatenerziehung für die Leute sind, die zu einer sogenannten Friedensmission z.B. nach Afghanistan geschickt werden, dann ist diese Mission von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Hier seien die unterschiedlichen Ausrichtungen von herkömmlichen Soldaten für den Kriegseinsatz einerseits und andererseits Soldaten für Friedensmissionen – zwar etwas verkürzt, aber im Wesentlichen doch zutreffend – benannt.

Die Ersteren stehen in einem hierarchischen Militärsystem mit festen Befehls- und Gehorsamsstrukturen und werden zu technisch hoch



aufgerüsteten Kämpfern gegen den Feind ausgebildet. Auf der Gegenseite steht grundsätzlich der gefährliche Feind, kein menschliches Individuum, und man muss ihm im ganzen Auftreten und Erscheinungsbild die eigene Stärke und Überlegenheit zeigen. Die Sicherheit der eigenen Soldaten hat bei allen Aktionen höchste Priorität.

Dagegen ist die idealtypische Aufgabe der Blauhelm-Soldaten zu versuchen, in einem fremden Land zwischen verfeindeten Lagern Frieden herzustellen. Bei dem Bemühen der Einsatzkräfte um eine Verhaltensänderung der Kriegsparteien spielt es eine wichtige Rolle, dass sie die Ziele, Interessen und Probleme der verschiedenen Konfliktparteien wahrnehmen und den Zugang zu den Menschen suchen, deren Vertrauen sie gewinnen wollen. Anstelle eines hochgerüstet martialischen Auftretens ist hier angesagt, sich so zu verhalten, dass man nicht als Feind, sondern als Unterstützer wahrgenommen wird. Dabei geht es um die Fähigkeit, auf ganz anderes Denken zuzugehen und zu vermitteln.

Solche Einsichten haben wir in Österreich gewonnen, das zu den Ländern mit den längsten Erfahrungen mit bewaffneten UN-Friedensmissionen gehört. Wir haben daraus die Konsequenz gezogen, dass das Selbstverständnis der Soldaten ein anderes sein muss, weil die Logik eine andere ist, und bieten an der Universität Innsbruck Lehrgänge für Menschen in Führungsebenen für Blauhelmeinsätze an. Ein Baustein ist dabei, dass die Studierenden pro Semester eine Woche lang mit Soldaten aus dem Jugoslawien-Einsatz zusammen arbeiten. Dabei lernen sie aus der Praxis.

**Teilnehmer:** Er geht aus von der Befehls- und Gehorsamsstruktur bei Militär und Polizei und fragt, ob die beschriebene Neuausrichtung in der Ausbildung der Blauhelm-Soldaten auch eine Veränderung in der politischen Führung bewirken würde.

**Dietrich:** Bei militärischen Einsätzen, die über die nationalen

Grenzen hinaus gehen, entscheidet die politische Führung, ob es um einen Blauhelm-Einsatz geht oder eine Operation stattfinden soll. Die ausführenden Kräfte haben sich nach diesen Vorgaben zu richten. Ob positive Erfahrungen mit Blauhelm-Soldaten in Friedensmissionen einen Einfluss auf die politischen Entscheidungen haben, lässt Dietrich aus seiner österreichischen Perspektive offen.

**Abdi:** Sie berichtet zu dieser Frage aus ihren eigenen Erfahrungen. Für sie ist es wichtig, auf beiden Ebenen zu arbeiten, sowohl mit den Soldaten wie auch mit politischen Entscheidungsträgern. Sie hat festgestellt, dass politische Veränderungen sehr lange dauern. Wenn man aber mit der Exekutive in den Gemeinden ganz praktisch an den Grundlagen arbeitet, kann ein spürbarer Wandel doch sehr schnell erreicht werden. Abgesehen davon müsse man sich aber auch um die politische Ebene kümmern. Was ein verändertes politisches Klima bewirken kann, beobachtete sie nach dem Regierungswechsel 2003 in Kenia. Die früher gefürchteten Polizisten verhielten sich plötzlich „wie Engelchen“.

Eine deutliche Auswirkung hatte auch die Tatsache, dass im Bürgerkrieg ein leitender Polizeichef vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gebracht wurde. Plötzlich wurde klar, dass die Polizisten selbst Verantwortung tragen, dass ihr Auftreten und ihr Verhalten für ihre eigene Person Konsequenzen hat. Diese Erfahrung hat eindeutig einen Wandel im Denken herbeigeführt.

**Teilnehmerin:** Hans Peter Dürr hat ein Modell bei der Friedenskonferenz wiederholt ins Gespräch gebracht, nach dem anstelle der rein militärischen Ausbildung bei der Bundeswehr eine Einrichtung geschaffen werden solle, in der sich junge Menschen entweder für den Militärdienst oder aber für zivile Konfliktbearbeitung ausbilden lassen können. Sie fragt Herrn Dietrich nach seiner Einschätzung dieses Modells.

**Dietrich:** Er unterstützt es und berichtet, wie aktuell entsprechende Überlegungen derzeit in Österreich seien, weil dort gerade die Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert wird.

Da Österreich kein NATO-Mitglied ist, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht noch einmal anders als in Deutschland. Die Hauptbegründung für die Einführung der österreichischen Wehrpflicht war seinerzeit, dass alle jungen Männer militärisch ausgebildet werden müssen für den Fall eines sowjetischen Angriffs. Dieses Bedrohungsszenarium gibt es heute nicht mehr. Das ist inzwischen auch bei den höchsten politischen Entscheidungsstellen angekommen. Die beiden Nebenargumente für die allgemeine Wehrpflicht waren damals die UN-Missionen und der Katastrophenschutz. Diese sind inzwischen die Hauptbegründungen für die Beibehaltung der österreichischen Wehrpflicht. Aber gerade für diese beiden Einsatzbereiche muss der Schwerpunkt der Ausbildung in zivilen Fähigkeiten liegen. So liegt der Gedanke nahe, dass in Zukunft gleichzeitig militärische wie auch zivile Kompetenzen vor allem auf der kommunikativen Ebene erworben werden müssen.

**Teilnehmerin:** Sie lenkt den Blick auf das grauensvolle Geschehen auf den Kriegsschauplätzen - nicht nur in Afghanistan - und auf die Folgen, unter denen die Soldaten leiden. Sie bezieht dabei auch die nie bearbeiteten Erlebnisse der Soldaten im 2. Weltkrieg ein.

**Ronnefeldt:** Nachdem Herr Dietrich diese Schilderung bestätigt hat ergänzt Clemens Ronnefeldt statistische Belege dafür, dass bei den amerikanischen Truppen am Hindukusch – aber mittlerweile auch bei den deutschen – die Zahl der Selbsttötungen nach einem Einsatz größer ist als die der Gefallenen vor Ort.

Er sieht es deshalb als eine Aufgabe der Friedensbewegung an, der klaren Option von dreiviertel der deutschen Bevölkerung für einen Truppenabzug so viel Druck zu verleihen, dass das deutsche Parlament bei der nächsten

Abstimmung diesem Wunsch Rechnung tragen muss.

**Abdi:** Sie ergänzt ein eigenes Erlebnis an einem Küstenstreifen in Kenia mit einem deutschen Soldaten, der allein auf einem Felsvorsprung saß und immer wieder Steine ins Meer warf. Dieses traurige Bild weckte die Mutter in ihr und sie grüßte ihn. Das aber schockierte den noch sehr jungen Mann zunächst einmal, denn die Soldaten lernen ja in ihrer Ausbildung, dass sie während der Auslandseinsätze zur Bevölkerung keinen Kontakt aufnehmen dürfen. Abgesehen davon waren die Menschen in Kenia auf die ausländischen Soldaten gar nicht gut zu sprechen. Sie aber hieß ihn in ihrem Land willkommen. Daraus ergab sich dann ein kleines Gespräch über seine Herkunft und seinen Einsatz in der Piratenbekämpfung. Die Verlorenheit dieses jungen Mannes an diesem Ort hinterließ einen starken Eindruck bei Frau Abdi. Sie sagt, dass auf die Politik, die diese jungen Männer missbraucht, Einfluss genommen werden müsse.

**Teilnehmerin:** Sie spricht zwei Themen an, zum einen die Frage nach möglichen Gefallenen bei den österreichischen Militäreinsätzen in Afghanistan, zum anderen das Problem des Rechtsextremismus in Europa. Die rechten Parteien z.B. in Österreich oder in Deutschland machen ihr nicht die größten Sorgen, sondern vielmehr die rechten Gruppen unter den Jugendlichen, bei uns vor allem in den neuen Bundesländern. Sie fragt: Was müssten die Politiker tun, um die von diesen rechten Gruppen initiierten Voraussetzungen für die

Militarisierung der Gesellschaft zu unterbinden?

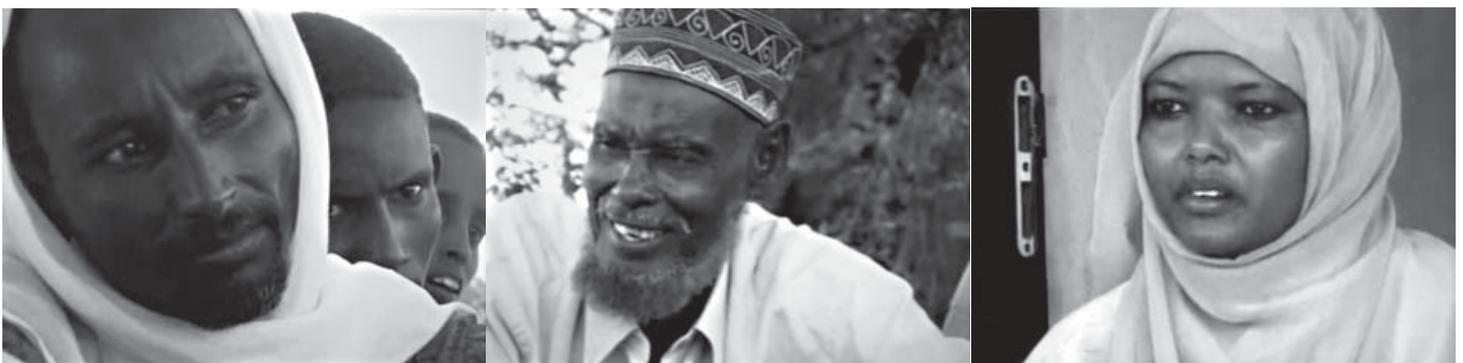
**Dietrich:** In Afghanistan war der Auftrag für das österreichische Kontingent begrenzt auf die Vorbereitung und Überwachung von Wahlen. Sowohl bei diesem Einsatz im Rahmen der UNO als auch im weiteren Verlauf kam dort kein österreichischer Soldat ums Leben. Zur Zeit seien in Afghanistan auch keine österreichischen Soldaten, nur Zivilpersonen eingesetzt. Herr Dietrich ergänzt wörtlich: Wenn Deutschland glaubt, seine Interessen im nationalstaatlichen Sinne am Hindukusch verteidigen zu müssen, dann hat das natürlich eine ganz andere Logik und auch andere Konsequenzen.

Zur zweiten Frage stimmt Herr Dietrich mit der Teilnehmerin überein, dass der Rechtsextremismus bedrohlich ist. Zum notwendigen Handeln der Politik stellt er zunächst die Gegenfrage nach den Interessen der PolitikerInnen. Steht hinter ihren Reden von der notwendigen Bekämpfung des Rechtsextremismus tatsächlich ein aufrichtiges Interesse? Was die ÖVP anbetrifft, würde er das bezweifeln. Wo dieses Interesse aber wirklich vorhanden ist, ist nach seiner Meinung die Aufdeckung der Angst eine wichtige Strategie. Rechtsextreme Politik ist im Wesentlichen von Angst besetzt. In politischen Diskursen gerade mit Führungskräften der Rechtsparteien wie heute Herrn Strache und früher Herrn Haider hält er es für wichtig herauszustellen, dass sie selbst Angstgetriebene sind - und dass man ihnen die Heldenpose nicht gestattet, mit der sie z.B. das Ausländerthema

angehen. Die Angst vor Ausländern, die sie schüren, könnte aber – und da sind wir wieder bei dem Thema von vorhin - am ehesten reduziert werden durch konkrete Begegnungserlebnisse.

Auf administrativer Ebene wären eingeplante Kontakte, Berücksichtigung von ausländischen Stimmen in der öffentlichen Meinung oder Einladungen in kommunale oder gesellschaftliche Gremien sinnvoll, in denen Ausländer Mitspracherecht haben. Ein solches Klima der Verständigung beobachtet er in seinem Land bei den GRÜNEN. Er meint aber, dass es bei den sozialdemokratischen und konservativen Parteien genauso vertretbar wäre. Von deren ideologischen Grundlagen her stünde einer Verständigungspolitik ja nichts im Wege, wenn die PolitikerInnen dies wollen. Politischer Druck könnte eventuell helfen.

**Abdi:** Weil die Teilnehmerin die gefährliche Entwicklung bei der Jugend angesprochen hat, greift Frau Abdi dieses Thema noch einmal auf. Sie meint, dass es in jeder Gesellschaft die Frage gibt, ob man die Jugend als potentielle Gefahr oder potentielle Chance für uns sieht. Wer sich an jugendlichem Auftreten und ihren lauten und schrillen Protesten gegen Politiker auf den Straßen stört, solle bedenken, dass die jungen Menschen oft das laut in die Öffentlichkeit tragen, was sie bei sich zuhause leise gemurmelt hören. Als Erwachsene müssen wir unser eigenes Verhalten überdenken und wegkommen von der Abwehr uns ungewohnter Verhaltensweisen.



Auf gesellschaftlicher und politischer Ebene reicht es nicht, wenn man nur Bildungsprogramme und wirtschaftliche Programme für die Jugend schafft. Vielmehr müssen junge Leute auch in soziale und politische Netzwerke mit einbezogen und in gesellschaftliche Aufgaben eingebunden werden. In der Regel lassen es Jugendliche, als „Macher von morgen“ bezeichnet zu werden. Sie fühlen sich als die „Macher von heute“. Deshalb hält Frau Abdi Mediatoren für Jugendliche für so wichtig und vor allem auch, dass wir ihnen zuhören. Sie erzählt von einem Auftritt von Regierungsvertretern, den sie veranstaltet hat, vor einem jugendlichen Publikum. Als die Politiker in gewohnter Weise zu ihren Reden ansetzen wollten, intervenierte sie: „Oh nein, das ist der falsche Weg. Setzt euch hin und hört zu! Hört den Jugendlichen zu, denn die haben eine eigene Sprache und ihr müsst lernen, diese zu verstehen.“ Für Frau Abdi ist es wichtig, eine Brücke zwischen den Generationen zu bauen. Das hilft, das Wissen der Älteren und die Energie der Jüngeren zu nützen und die Fantasie der Jungen in richtige Bahnen, weg vom Extremismus zu lenken.

**Teilnehmer:** Ihm geht es um die freiwillige Entscheidung der Soldaten für ihre Auslandseinsätze. Keiner würde gegen seinen Willen zu einem bestimmten Kriegsschauplatz geschickt, jeder entscheidet sich selbst. Deshalb müsse man mit den Soldaten auch nicht so viel Mitleid haben. 5 – 6 % von ihnen kämen physisch oder psychisch kaputt zurück. Diese Zahlen wurden auch für die letzten Kriege ermittelt und müssten damit den Soldaten bekannt sein. Der Teilnehmer betont, dass jeder selbst dafür verantwortlich sei, was er tut. Er ergänzt eine andere Überlegung: Die Politik müsste entsprechend ihrer Werbestrategie einsehen, dass viele Tätigkeiten, z.B. in Afghanistan, viel besser von Polizisten und anderen Zivilen ausgeführt würden als von Soldaten. Entsprechend müsste sich die Personalplanung für die Einsätze auch ändern.

**Dietrich:** Er beantwortet den letzten Punkt mit einem Hinweis auf die bereits geänderte Einsatzstrategie. Seit 1988 sei nach seiner Kenntnis die Zahl der Polizisten und sogenannten Zivilen von null bzw. ein paar Dutzend auf mittlerweile 130 000 Personen gestiegen.

Nach Dietrichs Meinung stimme die Sache mit der Freiwilligkeit für einen bestimmten Teil von Militäreinsätzen, wobei natürlich auch das Geld eine Rolle spiele. Dieser Umstand spreche aber die Politik nicht davon frei, die Vorbereitung anständig durchzuführen.

Herr **Ronnefeldt** ergänzt aus einer gestrigen Meldung in der Süddeutschen Zeitung, nach der die PolitikerInnen bereits fürchten, dass sich bald nur noch Leute aus den neuen Bundesländern zur Bundeswehr melden würden, was auf die dortige hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der Jugendlichen zurückzuführen sei. Es sei schon die Rede vom ostdeutschen Kanonenfutter für die ganze Republik. Und Herr Dietrich trägt noch bei, dass für den österreichischen Generalstab genau dieser Umstand ein starkes Argument gegen das Berufsheer sei.

**Teilnehmerin:** Nachdem bisher viel über den Einsatz von Militär gesprochen wurde, wendet die Diskutantin den Blick auf die Frage: „Warum eigentlich Militär?“ Unsere Gesellschaft wie auch andere Gesellschaften sollen sich nach ihrer Meinung die Bereithaltung von Militär grundsätzlich nicht mehr leisten. Sie nennt dafür drei Begründungen.

Zum Ersten möchte sie Männer, die für militärische Operationen im Stil der NATO ausgebildet worden sind, nicht als Partner oder als Väter haben. Für sie sind solche Männer nach der intensiven Beschäftigung mit Zerstörung für diese wichtigen Aufgaben im Leben verloren.

Zum Zweiten verbraucht der ganze militärische Apparat unheimlich viel Energie und hinterlässt überall große Mengen an Giftstoffen. Dieser große einseitige Energieverbrauch

ist für sie ein Raub an der Gesellschaft, weil die Ressourcen für die zivilen Aufgaben eingeschränkt werden. Der steigende Energieverbrauch aber führt seinerseits wieder zu Kriegen um die noch vorhandenen Öl- und Gasreserven auf der Welt.

Und schließlich sind Militär und Rüstungsindustrie so weit weg von der Gemeinwohlökonomie, über die uns gestern Christian Felber informiert hat. Diese beiden Interessen sind überhaupt nicht miteinander vereinbar. Für die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft sollten wir unsere Kräfte doch besser für dieses Gemeinwohl-Modell einsetzen.

**Abdi:** Frau Abdi bedankt sich ausdrücklich für diesen Beitrag. Der Waffenhandel zwischen Nordamerika, Europa, Südamerika und Afrika ist ein Problem mit großem Konfliktpotential. Wir nehmen da eine starke Manipulation durch die Wirtschaft und vor allem durch die Rüstungsindustrie wahr. Dabei fühlen wir uns durch die Wirtschaft und den Rüstungswettlauf immer wieder in die Enge getrieben.

Zur Integration von Soldaten in die Zivilgesellschaft betont sie, wie schwierig und langwierig der Prozess des Umdenkens und Umlernens ist, dieses neue Sammeln von Erfahrungsschätzen. Das gilt gleichermaßen für alle Generationen. Im Ältestenrat ihres Friedenskomitees z.B. sind Leute, die den 2. Weltkrieg als Jugendliche erlebt haben und ganz stark vom militärischen Denken und Handeln geprägt sind. Die müssen erst lernen, dieses Gedankengut zu verlassen, bevor sie sich neu orientieren können. Noch größer aber scheint ihr die Aufgabe bei Söldnern und jungen Leuten zu sein, die zwischen dem 7. und 12. Lebensjahr gelernt haben, eine Waffe zu tragen und zu kämpfen. Es ist äußerst schwierig, diese jugendlichen Erfahrungen davon machen zu lassen, wie eine „normale“ Kindheit aussieht und wie sie selbst in ein normales Leben finden können. Sie müssen ja ganz neu lernen, andere Wege zur Konfliktlösung zu sehen und sie aufzugreifen.

**Dietrich:** Als ein Teilnehmer seine Empörung über die Verlogenheit der deutschen Politik zum Ausdruck bringt, sieht sich Herr Dietrich veranlasst, einen wirtschaftlichen Aspekt zu beleuchten, der nach seiner Einschätzung zum Ausbruch des Jugoslawienkrieges beigetragen hat. Er führt aus, wie sich nach dem Tod Titos die innenpolitische Szene in Jugoslawien in den 80er Jahren verändert und in eine explosive Gemengelage gewandelt hat. In diese Zeit fällt die Aufnahme von Griechenland und wenig später Spanien und Portugal in die EU bzw. damalige EG. Diese drei Länder erhielten damit auch die EG-Handelsprivilegien. Dies hatte aber handelspolitische Folgen, weil in diesen Ländern die selben Südfrüchte produziert wurden wie in Jugoslawien. Zu dieser handelspolitischen Benachteiligung kam noch eine Kontingentierung der Waren aus Jugoslawien in die EG, die so niedrig war, dass die Kontingente üblicherweise bereits im März ausgeschöpft waren. Das heißt, dass die Handelsvorteile, die diese Kontingentierung Jugoslawien eigentlich bringen sollte, dazu führte, dass der Export in die EG für den Rest des Jahres unter den üblichen Marktbedingungen stattfand, was Jugoslawien auf dem europäischen Markt natürlich wettbewerbsunfähig machte.

Dieser wirtschaftliche Druck auf Jugoslawien wurde jahrelang diskutiert, auch im europäischen Parlament, aber es wurde nichts geändert. Da die Wirtschaftskraft innerhalb Jugoslawiens sehr ungleich verteilt war, verstärkte dieser wirtschaftliche Druck die nationalistischen Kräfte in den verschiedenen Ethnien und die Reaktivierung der kulturellen Feindbilder innerhalb des Landes. Die europäische Außenpolitik – der Name Genscher ist schon gefallen, als Österreicher ergänzt er Mock – trug nichts zu einer Aussöhnung in Jugoslawien bei, sondern goss mit der Anerkennung Kroatiens als selbständigem Staat nur noch Öl in das Feuer.

Herr **Ronnefeldt** ergänzt diese Ausführung mit einer Ehrenrettung für Österreich, das im Jugoslawienkrieg

die Überflugrechte für die NATO verweigert hat.

Gefragt nach der österreichischen Ausbildung für UN-Friedenseinsätze skizziert Herr **Dietrich** eine besondere Einrichtung, die – wie er betont – nicht für das Militär, sondern mit dem Militär arbeitet. Es handelt sich um einen internationalen Masterlehrgang an der Universität Innsbruck, bei dem er selbst unterrichtet. Die Studierenden besuchen dabei, zusammen mit ihren zivilen Ausbildern an diesem Lehrstuhl, für eine Woche einen praktischen Erfahrungskurs beim Militär, üblicherweise bei der 6. Jägerbrigade, die bevorzugt bei österreichischen Auslandsmissionen eingesetzt wird. Dort lernen sie zunächst theoretisch das angemessene Verhalten im Einsatzgebiet und üben dies anschließend im Rollenspiel. Als interessante Beobachtung teilt Herr Dietrich mit, wie sich durch diese Übungen das Bataillon verändert hat. Das heißt dass Soldaten, die nun Zivilisten – in der überwiegenden Mehrheit Frauen – ausbilden, ihr Verständnis von dem, was zivile Friedensarbeiter machen, völlig verändern. Dass sie mit Zivilen auf Augenhöhe umgehen müssen, ist für sie eine bereichernde Erfahrung.

Frau **Abdi** wird nach ihrer Sicht der Piraterie vor den afrikanischen Küsten gefragt. Sie versteht die Sorgen der Handelsschifffahrt angesichts dieses Problems, aber nach ihrer Meinung reicht es nicht aus, die Piraten zu fassen und vor Gericht zu stellen. Vielmehr müsse man den Ring internationaler Krimineller bekämpfen, der die Piraterie organisiert. Da wäre einerseits dessen Logistik auszukundschaften und andererseits der weitere Fluss der Beutegelder zu verfolgen.

Frau **Abdi** spricht weiter über einige Auswirkungen der Piraterie in Kenia. Zum Beispiel beobachten die Banken genau, wo auffällige Geldströme hinfließen, und melden dies dann auch an die Behörden. Außerdem tut sich auf der sozialen Ebene einiges. Wenn junge Männer mit ungewöhnlich hohen Geldsummen in einer

Ortschaft auftauchen und glauben, hier den großen Maxe spielen zu können, dann stoßen sie immer öfter auf harsche Zurückweisung, weil niemand mit diesem dreckigen Geld etwas zu tun haben möchte. Diese soziale Abwehr ist wirkungsvoll und hält sicher manchen Jugendlichen von einer Beteiligung an der Piraterie ab, die ihm möglicherweise viel Geld einbringt, ihn aber nicht glücklich macht.

Zu den Anfängen dieser Piraterie im Indischen Ozean erläutert Frau **Abdi**, dass sich zunächst die einheimischen Fischer gegen die großen japanischen Fangschiffe wehren wollten, die zu einer Überfischung des Indischen Ozeans und damit auch zu eigenen Fangausfällen geführt haben. Außerdem haben die rigorosen Abwehrtaktiken der japanischen Schiffe gegen die einheimischen Kleinboote sehr viel Wut in der Bevölkerung erzeugt. Hinzu kam, dass die Bevölkerung sich wehrte gegen die Verklappung von Giftmüll vor ihrer Küste. Es ist ja inzwischen bekannt, dass den Betreibern großer Schiffe gegen einen Obulus das Deponieren von Giftmüll auf offener See erlaubt wurde. Da die eigene Regierung nichts gegen das Anschwemmen dieser Stoffe an den Küsten und gegen die Überfischung unternahm, taten sich die Leute einfach zusammen unter der Devise: Wir müssen uns gegen diese von großen ausländischen Schiffen verursachten Übel wehren und unser Meer, unsere Lebensgrundlage verteidigen. Wie ging es aber mit dieser Abwehr weiter? Die verzweifelten Fischer schickten Abordnungen mit ihren Beschwerden zu den Gemeindevertretern. Diese wiederum entschieden, dass die Abordnungen ihre Anliegen selber den Schiffskapitänen vortragen sollten. Die Kapitäne dachten aber gar nicht an eine Änderung ihrer Praktiken und bestochen die „Abgeordneten“ mit hohen Geldsummen. Daraus entwickelten sich dann die großen kriminellen Piratenorganisationen, die an der Linderung der Not der Bevölkerung keinerlei Interesse haben.

**Dietrich:** Auf eine Frage, warum er in seinem Statement den Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ ausdrücklich in Anführungszeichen gesetzt habe, befindet Herr Dietrich diesen heute vielfach gebrauchten Begriff unzutreffend, weil er nach seiner Meinung verschleiert, dass es nach wie vor zumeist um „Entwicklungshilfe“ mit der unausgesprochenen Vorstellung von Helfern und Objekten geht. Er sieht hinter dieser Idee der Entwicklung ein lineares Zeitverständnis, d.h. ich nehme die Anderen so wahr, dass sie noch nicht sind, was sie sein werden. Diese Sicht hält er für eine Respektlosigkeit. Er denkt, dass jeder Mensch hier und jetzt zu respektieren ist als der, der er oder sie ist, und nicht als der, der er sein sollte oder sein wird. Im sozialen Sinn glaube er nicht an eine Entwicklung, sondern an menschliche Verbindungen und Beziehungen.

Auf eine weitere Frage nach dem Gut und Böse bzw. nach Feindbildklichees verweist er auf den alten deutschen Idealismus. Dieser frage: Wie sollten wir denn sein, wenn wir nur gut wären? Das Gut-sein, das man ja meistens für sich selber postuliert, brauche als Gegenbild das Böse oder das Anders-sein des oder der Anderen. Das habe zur Folge Ausschließungen und Be- bzw. Verurteilungen. Nach Dietrichs Meinung hat der Idealismus das Potential, gewaltträchtig zu sein –strukturell und kulturell, indem er das Gute postuliert und das Andere ausschließt. Man müsse sich fragen: Was geschieht mit dem Ausgeschlossenen? Er hält das für ein Denkstrukturproblem.

Zur Frage nach der Freiheit und der selbständigen Entscheidung zitiert Herr Dietrich eine Äußerung von Jean Paul Sartre: „Wir sind zur Freiheit verdammt.“ Dazu meint er: Wir sind von Natur aus frei und müssen in jedem Augenblick unseres Lebens irgendwelche Entscheidungen treffen. Dabei geht es meist darum, ob ich das Bekannte wahre oder das Unbekannte wage. Und dann tragen wir die Konsequenzen für unsere Entscheidung. Das heißt ja: Wir müssen diese Verantwortung übernehmen – es geht gar nicht anders. Zugleich gibt es aber die Beschränkung, dass ich meine Entscheidung nur im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Umweltprägung treffen kann. Also ich kann nur unter den mir bekannten Optionen wählen. Dabei spielt eine Rolle, welche Prägungen ich habe oder welche Glaubenssätze – von denen ich gar nicht immer weiß, dass es nur Glaubenssätze sind, weil ich meine, das sei die reale Welt, und ich realisiere dabei nicht, dass ich das nur glaube.

Johan Galtung, den der Teilnehmer angesprochen hat, bezeichnet Herr Dietrich als strukturellen Friedensdenker. Er selbst möchte darüber hinaus gehen und das Ganze post-strukturalistisch in einem systemischen Zugang sehen und sagen: Ich habe diese Freiheit und ich habe sie gleichzeitig nicht. Ich habe die Verantwortung für das, was ich tue, und gleichzeitig bin ich begrenzt durch die Umstände und durch die Verbindungen, die ich eingehe.

Zur Frage der politischen Verantwortung von Jugendlichen erzählt Herr Dietrich von seinen persönlichen Erfahrungen. Die stimmen nicht

überein mit dem Jammern über die Politikverdrossenheit und das Desinteresse der Jugend. Er arbeitet in seinen Lehrgängen an der Universität Innsbruck seit vielen Jahren fast ausschließlich mit jungen Menschen aus der ganzen Welt zusammen und erlebt diese als politisch sehr interessiert und hoch motiviert. Unter anderen hat er drei Studierende aus Ägypten, die bei dem Aufbruch Jugendlicher, den wir dort gerade erleben, voll engagiert sind. Herr Dietrich fragt: Wieso sollen wir uns in einem globalen Rahmen jetzt über die Jugend Sorgen machen, wenn die jungen Menschen in der Lage sind, das zu bewegen, was gerade in Ägypten passiert?

**Abdi:** Sie ergänzt zu dem derzeitigen Umbruch in Ägypten: Wenn es zu einer Veränderung kommt, dann ist es immer wichtig, diese Veränderung zu gestalten, denn sonst wird man selbst von dieser Veränderung getrieben. Dazu muss Jede und Jeder als Individuum Verantwortung übernehmen, aber es muss auch die gesamte Weisheit einer Gesellschaft aktiviert und eingebracht werden, denn sonst wird die Gesellschaft an der kollektiven Dummheit zugrunde gehen. Davor kann nur die vielfältige Weisheit der Bevölkerung bewahren.

Zum Schluss bedankt sich Herr Ronnefeldt bei Frau Abdi, Herrn Dietrich und der Übersetzerin Kristina Breit sowie beim Publikum und schließt mit dem Satz:

„Die Integration unserer Schattenseiten ist der Beginn der Friedensarbeit.“



# Bericht aus dem Workshop I

## Ist ziviler Friedensdienst im Kriegsland Afghanistan möglich?

**Workshop mit Ute Wagner-Oswald**, Friedensfachkraft und Dokumentarfilmerin, am 5.2.2012 im EineWeltHaus

Ute Wagner-Oswald berichtete, unterstützt von Kurzfilmen, die sie mit afghanischen Studenten gedreht hatte, über die Entwicklung in zwei Friedensprojekten: Einem afghanischen Dorf, in dem es immer wieder zu massiven Konflikten zwischen den Angehörigen von zwei verschiedenen Stämmen – Paschtunen und Tadschiken – gekommen war, und einer Schule mit vergleichbaren Problemen.

Im Rahmen des Projekts wurden ungezählte Gespräche geführt: Friedenswillige Angehörige der beiden Volksgruppen trafen sich und sprachen über die Konflikte, ihre Ursachen und schließlich über Gemeinsamkeiten auf beiden Seiten.

Da auch die „Honoratioren“ beteiligt waren –z.B. der Dorfälteste, der muslimische Imam und ein Arzt – gelangen erste Schritte der Annäherung: Man ging wieder auf den Bazar der jeweils anderen Gruppe, zum Arzt des anderen Stammes oder zum gemeinsamen Gottesdienst.

Im Workshop wurden die Filme gezeigt, in denen Menschen über ihre Meinung zu den Friedensbemühungen befragt wurden. Wenn etwa der Dorfälteste sagte „mir sind die Menschen aus beiden Gruppen gleich wichtig“, dann klingt das banal, aber Ute Wagner-Oswald berichtete anschaulich, wie lang der Weg zu dieser Stellungnahme war.

Vergleichbare Arbeit wurde in einer Schule geleistet, in der letztlich Freundschaften zwischen Schülern verschiedener Stammesangehörigkeit entstanden waren.

In einem weiteren Projekt erhielten Frauen den Grundstock für eine kleine Hühnerhaltung, um die Lebens- und Einkommenssituation der Familie zu verbessern. Dies, so Wagner-Oswald, ist durchaus als „Friedensprojekt“ im weitesten Sinn zu sehen, verhilft es doch den Frauen zu mehr Eigenständigkeit.

Die Filme und vor allem die Antworten auf die vielen Fragen zeigten eine für manche TeilnehmerInnen bisher unbekannte Seite von Afghanistan und bestärkten die Hoffnung, dass die Menschen dort die Fähigkeit haben, trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge ihre Probleme zu lösen.

# Bericht aus dem Workshop II

## Bundeswehr - Nein Danke Friedensarbeit praktisch

*Input-Referat von Thomas Rödl (z.T. redaktionell überarbeitet und ergänzt)*

Der Titel des heutigen Workshops „Bundeswehr Nein Danke – Friedensarbeit praktisch“ könnte schon als Provokation empfunden werden – von denen, die an den Friedensauftrag der Bundeswehr glauben.

### Zweck von Militär

Die Ablehnung der Bundeswehr ist Friedensarbeit! Denn wenn die Vertreter der Bundeswehr an Schulen und anderswo Nachwuchswerbung betreiben, dann machen sie immer auch Werbung dafür, Militär und letztlich Krieg für notwendig und unvermeidlich zu halten.

Der Zweck von Militär war und ist immer die Erhaltung und Ausweitung von Macht, die Durchsetzung von Interessen, die Kontrolle von Territorium und die Zerstörung von gegnerischen Militärstrukturen im Krieg, falls nötig. Der Zweck von Militär im Inneren eines Staates war und ist immer die Absicherung der jeweiligen Herrschaftsstrukturen.

### Strukturen von Militär

Die Anwendung militärischer Mittel muss einem einheitlichen Willen folgen, um ein effektives Instrument zu sein. Also hat Militär hierarchische Strukturen, eine durchgehende Befehlskette vom obersten Chef bis zum einzelnen Soldaten.

Der Soldat muss bereit sein zu töten, aber auch selber sein Leben zu riskieren. Ausbildung und Drill beim Militär dienen der Überwindung der Todesangst und dem Abbau der Tötungshemmung. Der Soldat muss Befehlen gehorchen, bei Weigerung wird er bestraft, im Extremfall mit der Todesstrafe. Die hierarchischen Strukturen dienen also auch der Kontrolle und Disziplinierung der Soldaten und der Unterdrückung



von Widerstand gegen Befehle. Unterordnung und Gehorsam ist die soldatische Tugend Nummer Eins.

Dies gilt für Söldner genauso wie für Wehrpflichtige.

Es gab in verschiedenen historischen Situationen Versuche, demokratische Strukturen im Militär einzuführen, mit Soldatenräten und Wahl der Anführer/ Offiziere, z.B. im amerikanischen Bürgerkrieg und während der Revolutionen 1918/19. Diese Experimente sind gescheitert, bald waren wieder die autoritären Strukturen in Kraft.

### Militärische Denkweise - Militarismus

„Der Einsatz von Militär ist prinzipiell gut und richtig“ - früher für die Unterwerfung von Kolonien, die Vergrößerung des Staatsgebietes, heute für „unsere Sicherheit“, „Rohstoffversorgung und Freiheit der Handelswege“. Diese Denkweise ist im 19. Jahrhundert zusammen mit der Entwicklung der Nationalstaaten zur herrschenden Denkweise geworden,

das heißt, was die Menschen glauben sollten und evtl. auch massenhaft geglaubt haben. Militär braucht immer einen Feind, eine Bedrohung – und übersieht die Bedrohung, die vom eigenen Militärapparat auf „potentielle Feinde“ ausgeht.

*Verweis auf Skizze „Staat mit Schwert und Schild“: „Wir“ sehen „bei uns“ immer nur das Schild, bei „den anderen“ immer nur das Schwert*

Die militärische Denkweise findet keinen Ausweg aus dem Kreislauf von Drohung und Gegendrohung.

Militär strebt nicht nach Gleichgewicht, sondern fühlt sich erst „sicher“ bei Überlegenheit. Staat, Gesellschaft und Industrie haben sich dem Streben nach militärischer Stärke unterzuordnen. Mit Hilfe der allgemeinen Wehrpflicht sollten alle Männer in diese Strukturen integriert werden: „Jeder Bürger ein Soldat“. Der Prozess der praktischen Militarisation begann in Europa nach den napoleonischen Kriegen, parallel mit der Entwicklung und

Konsolidierung der Nationalstaaten, dem flächendeckenden Aufbau von autoritären staatlichen Kontrollstrukturen und der Einführung eines Schul- und Hochschulsystems, das die militärischen und nationalistischen Denkweisen in die Gesellschaft vermittelte. Die Phase der Kriege zwischen imperialistischen Staaten führte zum ersten und zweiten Weltkrieg und die ideologische und kulturelle Überhöhung von Kriegsgeschehen und Militär dann auch zum kulturellen und gesellschaftlichen Militarismus.

### Die Gegenbewegung - Pazifismus und Antimilitarismus

Parallel dazu entwickelte sich im 19. Jahrhundert – zum Glück oder naturgemäß - eine ideologische, kulturelle und politische Gegenbewegung in den europäischen Gesellschaften sowie in den USA und z.T. in den Kolonien. Darunter ist der Pazifismus wohl die kleinste Gruppe, aber durchaus neben Kommunismus, Anarchismus und Feminismus zu nennen.

Kerngedanken des Pazifismus waren die Errichtung einer überstaatlichen Rechtsordnung, die allgemeine Abrüstung, Verzicht auf Gewalt und die massenhafte Kriegsdienstverweigerung sowie die Veränderung gesellschaftlicher und ökonomischer Machtverhältnisse.

### Militär und Demokratie

Eine Standardbehauptung der Vertreter der Bundeswehr ist immer, die allgemeine Wehrpflicht sei ein Kind der Demokratie. Sie entstand in Frankreich nach der bürgerlichen Revolution von 1789 – nachdem die Menschen sich nicht mehr freiwillig zur Verteidigung des Staates melden wollten. In einigen historischen Situationen gab es Freiwilligen - Armeen, z.B. unmittelbar nach der französischen Revolution, im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen die Engländer, in der Anfangsphase des amerikanischen Bürgerkrieges in den 1860er Jahren und in einigen revolutionären- und Unabhängigkeitskriegen, z.B. in Vietnam.

Weil aber die Regierungen auch in der Demokratie nicht auf die Opferbereitschaft ihrer Bürger vertrauen, haben sie die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. (das galt dann sinngemäß, später, auch für die kommunistischen bzw. sozialistischen Staaten) Erst die allgemeine Wehrpflicht ermöglichte die Aufstellung von Massenheeren und die großen Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts (zusammen mit industrieller Massenproduktion von Waffen, Massentransport und Massenkommunikation – den Kennzeichen des modernen Krieges).

*Verweis: Übergang zu Freiwilligenarmeen, Berufssoldaten und privaten Söldnertruppen am Ende des 20. Jahrhunderts*

### Militär, Politik und Gesellschaft in der BRD

Nach der Katastrophe des zweiten Weltkriegs war die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland gegen

Bemühungen, die Möglichkeit eines Volksentscheids nach Art 20 GG gesetzlich einzuführen.)

Während große Teile der Bevölkerung eine Neutralität Deutschlands wollten – ähnlich wie in Österreich und der Schweiz - betrieben die westdeutschen Eliten die Westintegration. Die BRD wurde zum Teil des „Bollwerks gegen den Kommunismus“, mehr noch, „roll back“, die Zurückdrängung des sozialistischen Machtblocks war die eigentliche Strategie der NATO. Die Wiederaufrüstung war für die westdeutschen Eliten, an der Spitze Adenauer und die Union, der erste Schritt auf dem Weg zurück zur vollen Souveränität, zu einem Staat, der Militär für die Durchsetzung seiner Interessen einsetzen kann.

Der Umschwung vom Antimilitarismus der Nachkriegsjahre zum Antikommunismus der 50er und 60er Jahre wurde wesentlich ermöglicht



Militarismus und Krieg eingestellt. Die Wiederaufrüstung der BRD, die Einführung der Wehrpflicht und die Mitgliedschaft in der NATO erfolgte gegen massiven Widerstand in der Bevölkerung. Angela Merkel: „Hätte es damals die Möglichkeit einer Volksabstimmung gegeben, wäre die Geschichte anders verlaufen“ (Vor ein paar Jahren sagte sie das sinngemäß als Argument gegen die

durch die Propaganda einer „Bedrohung aus dem Osten“ unter dem Eindruck des Korea - Krieges.

### Bundeswehr und Schule

Seit es die Bundeswehr gibt, betrachtet sie es als ihr quasi natürliches Recht, in die Schulen zu gehen und Nachwuchswerbung zu machen. Gleichzeitig verbreiten sie ihre militärische Weltanschauung: Damals: „Ab-

**Bundeswehr**  
Karriere mit Zukunft

Entschieden gut. Gut entschieden:  
Ihre Karriere als Offizier.

## Studieren mit Gehalt



Sie suchen einen interessanten Beruf mit Führung, Verantwortung und nicht alltäglichen Herausforderungen?  
Sie suchen eine akademische Ausbildung unter optimalen Bedingungen?

**Bewerben Sie sich jetzt als Offizier!**

Weitere Informationen unter:  
[www.bundeswehr-karriere.de](http://www.bundeswehr-karriere.de)

Personliche Beratung: 0180 - 20 29 29 00  
8.00 bis 18.00 Uhr, Mo-Fr, 24h-Service am Wochenende  
Bewerbungen von Frauen sind erwünscht.  
Sie werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingekleidet.

tionalen Terrorismus“. Hinter diesen modernen Sprachregelungen verbirgt sich das deutsche ökonomische Interesse am Zugriff auf Rohstoffe und an der Freiheit der Handelswege - so formuliert von verschiedenen Verteidigungsministern seit Anfang der 90er Jahre. Die Vertreter der Bundeswehr verbreiten ein Weltbild, in der Militär immer notwendig ist und der Einsatz von Militär gerechtfertigt ist. Sie vertreten nicht etwa die Normen und das Friedensgebot des Grundgesetzes( Präambel, Art. 24, 26, 87 a GG) und die Charta der Vereinten Nationen. Vielmehr vertreten sie die Real-

de. SPD und Grüne haben entgegen ihrer Programmatik diese Politik mitbetrieben.

*Verweis auf die Unterwerfung der BRD unter die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs, mit dem bemerkenswerten Vorbehalt, dass alle Aktionen der Bundeswehr im Ausland von dieser Rechtsprechung ausgenommen seien*

Deutschland ist seit fast 10 Jahren im Krieg in Afghanistan, damit hat

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

**Kooperationsvereinbarung**  
zwischen dem  
Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus  
und dem  
Wehrbereichskommando IV - Süddeutschland -

- die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie in die Fortbildung von Lehrkräften.
- die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums und seiner nachgeordneten Behörden bei Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.
- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten der Jugendoffiziere, insbesondere im Amtsblatt des Staatsministeriums, in der Fortbildungsdatenbank „FIBS - Fortbildung in bayerischen Schulen“ und in den Onlinemedien des Staatsministeriums und des Wehrbereichskommandos IV.
- ein jährliches Gespräch der Jugendoffiziere mit zuständigen Vertretern des Staatsministeriums, der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP), des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) und der regionalen Lehrerfortbildung bezüglich der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.
- jeweils zum Schuljahresende einen schriftlichen Bericht der Jugendoffiziere an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.

I  
Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

II  
Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, die mit ihren Schülerinnen und Schülern sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten. Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Hierbei werden alle allgemein bildende Schulen der Sekundarbereiche I und II und die beruflichen Schulen einbezogen. Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.

Auf dieser Grundlage vereinbaren wir:

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Bayerischen Verfassung, des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes und der kulturministeriellen Bekanntmachung „Lehrerfortbildung in Bayern“ vom 09.08.2002.

In die Kooperation werden der nachgeordnete Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und der unterstellte Bereich des Wehrbereichskommandos IV einbezogen. Die Beteiligten sind sich bewusst, dass die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Vereinbarung entscheiden.

München, den

Dr. Ludwig Spaenle, MdL  
Bayerischer Staatsminister  
für Unterricht und Kultus

Gert Wessels, Generalmajor  
Befehlshaber  
im Wehrbereich IV

schreckung und militärische Stärke“ – die Politik, die die Welt in den 1980er Jahren an den Rand eines Atomkrieges brachte. Heute: „Krisen und Konflikte bewältigen“, die „unsere Sicherheit“ betreffen, „Bekämpfung des interna-

politik der BRD, die die Mehrheiten im Bundestag seit Anfang der 90er Jahre entwickelt haben: „Wir setzen die Bundeswehr immer dann ein, wenn wir es für zweckmäßig halten“. Unnötig zu erwähnen, dass dies eine Politik „von oben“ war und ist, die von breiten Kreisen der Bevölkerung nicht mitgetragen wur-

sich die Auseinandersetzung zugespitzt. Andererseits hat sich jetzt auch die Lage für die Bundeswehr nach der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht drastisch verändert – sie muss ihren Nachwuchs „auf dem Markt“ rekrutieren. Praktische Friedensarbeit heißt, der Bundeswehr diese Rekrutierungsarbeit zu erschweren!

# Friedensgebet der Religionen

ein Bericht von Gertrud Scherer und Gabriele Hilz

Zum Abschluss der Internationale Münchner Friedenskonferenz fand auch heuer wieder das Friedensgebet der Religionen am 6. Februar 2011 im Pfarrsaal von St. Anna im Lehel / München statt

Miteinander gehen - Vertrauen üben - von Gott reden - sich öffnen

Unter diesem Motto trafen sich Christen, Juden, Muslime, Buddhisten und Baha'i zum gemeinsamen Gebet um den Frieden.

Der Hausherr, Franziskanerpater Thomas Robelt, Pfarrer von St. Anton, wies in seiner Begrüßung auf das um Frieden bemühte Wirken seines Ordensgründers hin.

Bei der Einführung durch Prof. Manfred Görg (Christ) und den Statements von Harald Hackländer (Baha'i), Sokol Lamaj (Muslim) und Esther Goren (Jüdin) wurde bewusst, dass trotz unterschiedlicher Kulturen, Glaubensrichtungen und Auffassungen ein gemeinsamer Weg zum Frieden möglich ist.

Andre Gerth (Christ) berichtete über das Projekt der Vereinten Nationen „World Interfaith Harmony Week“, eine interreligiöse Friedenswoche, die ab 2011 jährlich Anfang Februar stattfinden soll. Dieses Projekt möge helfen, den Religionsvertretern und -vertreterinnen ihre Verantwortung für den Weltfrieden mehr bewusst zu machen und ihre friedliche Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Die Gebete einer Muslima (Enisa Bilalovic), einer Jüdin (Michaela Rychla), einer Baha'i (Isi Hackländer), einer Buddhistin (Susanne Pourroy) und einer Christin (Inge Ammon) machten deutlich, wie tief die Sehnsucht nach Frieden in allen Religionen verwurzelt ist.

Moderiert wurde das Friedensgebet von Gertrud Scherer, die musikalische Begleitung übernahm das Contra-Ensemble.

Dekha Ibrahim Abdi (Muslima) – 2007 Alternativer Nobelpreis für ihre Friedensarbeit in Kenia und Referentin auf der Friedenskonferenz - nahm als Ehrengast am Friedensgebet teil.

Alljährlich im Oktober treffen sich Würdenträger aus den Religionen in Assisi zu einem Weltgebetstreffen für den Frieden - erstmalig 1986 auf Initiative des damaligen Papstes, Johannes Paul II.

Während im Bayerischen Hof, nur wenige Kilometer entfernt, zur selben Zeit die sogenannte Sicherheitskonferenz noch tagte, fand in St. Anna ein „Kleines Assisi“ statt.

Aus der Einführung von Prof. Görg möchten wir abschließend eine Aussage zitieren:

„Erst dann kann es Frieden geben, wenn Menschen guten Willens all ihr Denken und Handeln von einer Gottesidee bestimmen lassen, die jedem Menschen sein ureigenes Recht auf sein Bild-Gottes-Sein belässt, ohne an ihm nach eigenem Gusto herumzumodeln. Lassen wir den Juden Jude sein, den Moslem Moslem und den Christen einen Christen, gleich welcher Konfession. Betrachten wir jeden Menschen als Gottes Bild, ohne ihn mit Vorurteilen zu überfremden oder auch unentwegt über den wahren Lebensweg zu belehren.“





# Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Inter-nationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

## Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.  
Schwarzer Weg 8  
32423 Minden  
Tel. 0571 – 850875  
Fax 0571 – 8292387  
[www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)  
[vb@versoehnungsbund.de](mailto:vb@versoehnungsbund.de)

# Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Das Netzwerk umfasst interessierte Personen aus der ganzen Bundesrepublik, die sich für ein Zivilsteuergesetz einsetzen, das den Menschen die demokratische Wahlmöglichkeit gibt, dass ihre Steuern ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden. Einige dieser Personen verweigern Militärsteuern aus Gewissensgründen. Allen ist der Grundrechtsaspekt und der demokratische Wert eines Zivilsteuergesetzes wichtig.

## Kontakt:

[www.netzwerk-friedenssteuer.de](http://www.netzwerk-friedenssteuer.de)  
Spenden: Netzwerk Friedenssteuer e.V.  
Spendenkonto: 700 160 160 0; GLS-Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67



# Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegs-  
dienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921,  
u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzserklärung der Internationale  
der Kriegsdienstgegner lautet:

*„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin  
daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und  
an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“*

## Kontakt:

Schwanthalerstr. 133  
80339 München  
Tel. 089/ 89 62 34 46  
[www.dfg-vk.de/muenchen](http://www.dfg-vk.de/muenchen); [www.dfg-vk.de/bayern](http://www.dfg-vk.de/bayern)  
[www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de); [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)  
[www.schritte-zur-abruestung.de](http://www.schritte-zur-abruestung.de)  
[muenchen@dfg-vk.de](mailto:muenchen@dfg-vk.de)



BILDUNGSWERK E.V.

## Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur  
Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

**Helmut-Michael-Vogel-**  
Verein zur Förderung  
der FRIEDENSARBEIT  
der DFG-VK Bayern

## Kontakt:

c/o DFG-VK.  
Tel. 089/ 89 62 34 46, Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr  
[www.h-m-v-bildungswerk.de](http://www.h-m-v-bildungswerk.de)  
Spendenkonto: 33 60 68 851,  
H-M-V- Bildungswerk, Postbank Nürnberg,  
BLZ 760 100 85

# pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

## Kontakt:

Landwehrstr. 44  
80336 München  
Tel. und Fax: 54 38 515  
[www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de)  
[www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi](http://www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi)  
[paxchristi.muenchen@t-online.de](mailto:paxchristi.muenchen@t-online.de)  
Spendenkonto: 887 36 – 801, Postbank München, BLZ 700 100 80



# Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

## Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt  
Postfach 151 223  
80047 München  
Tel: 089/514106-10  
[www.kjr-m.de](http://www.kjr-m.de)

# Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ (MSKverändern)

## Kontakt:

Schwanthalerstr. 133  
80339 München  
Telefon 089/51086936



# NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen. Was uns bewegt, ist die Verantwortung für Frieden und Abrüstung, das Ökosystem Erde, die Folgen unseres eigenen Tuns. Wir wollen das mit Fachwissen und unserem persönlichen Engagement zur Wahrung des Friedens für ethisch verantwortlichen Umgang in Wissenschaft und Technik und ihre Folgen bewirken. Unsere Mitgliederzeitung heißt „Wissenschaft & Frieden“.

**NatWiss**  
Verantwortung für Frieden  
und Zukunftsfähigkeit e.V.

## Kontakt:

NatWiss c/o IALANA  
Schützenstrasse 6a  
10117 Berlin  
Tel: 030 - 31996686  
Fax: 030 - 31996689  
www.natwiss.de  
info@natwiss.de  
Spenden: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative  
Kto. Nr. 393408-504, Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

# Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.

- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen miteinander zu vernetzen.  
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.



Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,  
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,

- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,

- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

## Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.  
Postfach 50 04 71  
80974 München  
Tel. 089-15090831  
kontakt@gewaltfrei-muenchen.de  
Spenden: Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation e. V.  
Kto.-Nr. 29102944, Stadtparkasse München, BLZ 701 500 00



**[www.friedenskonferenz.info](http://www.friedenskonferenz.info)**